

Bezirks-Spartaklade
am 21. Juni in Breslau

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 erworben)

Hauptexpektion: Breslau 10, Kreuzberg Straße 10. K. P. D.
Breslau 544. Redaktion: Breslau 10, Kreuzberg Straße 10.
Telefon 439 02. Druckerei der Redaktion von 12-13 Uhr.
Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialexpektion:
Görlitz, Markt 6, Telefon 23 04. Geschäftszeit von 8-19 Uhr.
Verlagsdruck: Hauptverlag: Breslau, Verlag: Schönlage Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau, — Druck: „Vollzeit“ K. P. D., Breslau
Kreuzberg Straße 10. Telefon 464 35.

Vollsverrat der Sozialdemokratie

Ablehnung der Einberufung des Reichstags / SPD. rettet Brüning vor dem Sturz / Diktaturverordnung wird unverändert durchgeführt / Die sozialdemokratischen „Verbesserungen“ waren nur ein Bluff / Die Kommunistische Partei ruft zur Volksaktion aller Werktätigen!

Berlin, 16. Juni. In der Dienstagssitzung des Kabinettsrates, in der erneut über den kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages mit dem Ziel der Aufhebung der Notverordnung abgestimmt wurde, zeigte sich wieder einmal der abgrundtiefe Verrat der sozialdemokratischen Führer an allen Interessen des werktätigen Volkes.

In der Vormittagsitzung des Kabinettsrates beantragte die SPD-Vertretung, am Abend zu dem Antrag auf Einberufung des Haushaltsausschusses Stellung zu nehmen, der dann auch in der Zwischenzeit mit drei Stimmen Mehrheit von der sozialdemokratischen Fraktion angenommen wurde. Trotz des bindenden Beschlusses der Fraktion ließen die sozialdemokratischen Vertreter selbst diese Forderung am Abend fallen. Nachdem Genosse Torgler erklärt hatte, daß auch die Kommunisten, wenn schon keine Mehrheit für die Reichstageinberufung zustande kommt, für den Zusammentritt des Haushaltsausschusses, und zwar am kommenden Montag eintreten werden. Unter dem Geldhunger aller Anwesenden erwiderten Lössle und Wels auf einmal, daß es sich nicht um einen Antrag, sondern nur um eine Anregung ihrerseits gehandelt habe, die sie auch „weiter aufrechterhalten“ (!) würden. Genosse Torgler blieb ihnen die Antwort nicht schuldig. So endete diese Kabinettsratsitzung. Selbst die erbärmlichsten Täuschungsmanöver der SPD-Führer mißglückten diesmal. Brüning befahl, und die SPD gehorchte. Eine politisch bankrotte Partei ist Brüning treu bis in den Tod.

Nach der Abstimmung stellte Lössle fest, daß sich nur die Kommunisten mit 77, die Nationalsozialisten mit 107, die Deutschnationalen mit 47, die Wirtschaftspartei mit 22 und die Landvolkpartei mit 18 Stimmen für die Einberufung des Reichstages ausgesprochen hätten. Das sind zusammen 265 Stimmen, während zur Einberufung des Reichstages 289 Stimmen erforderlich gewesen wären.

Alle anderen Parteien haben sich gegen die Einberufung des Reichstages ausgesprochen, so auch die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokratie. Hätte die SPD für den kommunistischen Antrag gestimmt, wäre eine Mehrheit vorhanden gewesen und die Brüning-Regierung gestürzt. Hierin liegt die politische Bedeutung des Verhaltens der Sozialdemokratie, daß sie nicht nur die Reichstageinberufung, sondern auch den Sturz der reaktionären Regierung der Nachkriegszeit verhindert hat.

Wir haben bereits in den letzten Tagen die Werktätigen immer wieder davor gewarnt, die verächtlichen Täuschungsmanöver der SPD-Führer, als ob für sie überhaupt jemals die Frage der Reichstageinberufung ernsthaft gestanden hätte, als das zu werten, was sie von vornherein waren: ein abgekartetes Spiel mit der Wilhelmstraße. Es war nicht schwer, hier den Propheten zu spielen, da sich an den Voraussetzungen der sozialdemokratischen Politik des „kleineren Übels“ nichts geändert hat. Wohl aber glauben noch manche sozialdemokratischen Arbeiter, soweit sie das Opfer der Demagogie des Leipziger Parteitages wurden, an irgendein „Munder“. Diese Illusion ist geplatzt. Wie im Oktober und Dezember des vergangenen Jahres, so haben die sozialdemokratischen Führer auch jetzt wieder Brüning, den reaktionärsten Kanzler der Nachkriegszeit, gerettet.

Brüning hat mit dem Rücktritt „gedroht“, wenn eine Mehrheit für die Reichstageinberufung zustande käme. Das Proletariat hat diese Drohung nicht zu fürchten, denn sie war und ist nicht der Ausdruck der Stärke Brüning's, sondern des wankenden Bodens unter seinen Füßen angesichts der breiten und tiefen Volksempörung über seine Politik. Diesen Rücktritt Brüning's, der mehr ein Sturz als ein Rücktritt gewesen wäre, hat die Sozialdemokratie verhindert.

Wir hören schon das Argument: Ja, aber was dann? Dann wäre allerdings das gekommen, was über kurz oder lang doch kommen wird, was aber die sozialdemokratischen Führer unter allen Umständen verhindern wollen: die breiten Massen des werktätigen Volkes hätten in die Ereignisse eingegriffen. Der Sturz Brüning's hätte ebenso wie die Einberufung des Reichstages der Mobilisierung der Massen einen starken Auftrieb gegeben. Streikbewegungen und Demonstrationen wären die Folge und der Rufhandel der Interessentengruppen um die besten Methoden des Volksbetrugs geschlagen. Das aber, und nicht Hugenberg oder Hitler, ist das „größere Übel“, das sowohl Brüning als auch die sozialdemokratischen Führer mit allen Mitteln verhindern wollen.

Gegenüber den hinter uns liegenden Wintermonaten hat sich die Lage in Deutschland außerordentlich zugekehrt. Im Gegensatz zu den Behauptungen der „linken“ Sozialdemokraten ist die Kraft der Arbeiterschaft nicht geschwächt, sondern gerade in der letzten Zeit außerordentlich erstickt. Zwar tun die SPD-Führer alles, um das Proletariat ideologisch, organisatorisch und politisch zu entwaffnen, aber die Massen haben ihren eigenen Kopf. War es schon im vergangenen Winter ein Verbrechen, Brüning's Position nicht nur zu dulden, sondern aktiv zu stützen, so erst recht jetzt, da alles darauf ankommt, die ökonomisch und außenpolitisch außerordentlich schwache Position der herrschenden Klasse auszunutzen, um einen entscheidenden proletarischen Schlag gegen die reaktionäre Hydra zu führen. So aber verbannt die faschistische Reaktion der Sozialdemokratie einen neuen Sieg, über dessen Bedeutung für die weitere Entwicklung der Dinge in Deutschland sich jeder sozialdemokratische Arbeiter im klaren sein muß.

auch die gläubigsten Demokraten in der Arbeiterbewegung, daß die „Demokratie“, soweit ihre schädlichen Reste noch aufrechterhalten werden, nichts anderes ist als die nackte Diktatur der Bourgeoisie.

Die Massen haben jetzt das Wort. Die Notverordnung muß fallen. Auf allen Frontabschnitten des Klassenkampfes, in den Betrieben, an den Stempelstellen, in der Stadt und auf dem flachen Land gilt es, die Volksaktion, zu der die kommunistische Partei aufruft, zu verstärken. Für Arbeit und Brot, für den Siebenstundentag, für volle Unterstützung aller Opfer des kapitalistischen Systems, für die Beseitigung der Brüning-Regierung, für die Einstellung der Young-Zahlungen, für den Kampf um ein freies Sowjetdeutschland sammeln die Millionen des werktätigen Volkes. Kämpft und ihr werdet siegen!

„Erschießt unsere Kinder...!“

Proteststreik gegen Massenentlassungen in Polnisch-Oberschlesien — Salzen, Bajonettangriffe gegen Hungernde

Rattowitz, 16. Juni. Auf der Bleischarley-Grube, die zum Harriman-Konzern gehört, sollten mit Genehmigung des Rattowitzer Demobilisierungskommissars 580 Arbeiter abgebaut werden. Gestern hatte aber die Direktion der Bleischarley-Grube 380 Arbeitern die Entlassungspapiere zugeföhrt, während die übrigen in den nächsten Tagen entlassen werden sollten. Darauf sagte die Belegschaft den Beschluß, in einem Proteststreik zu treten, der so lange dauern soll, bis die Kündigung aufgehoben worden ist. Mit dem Streik ist sofort begonnen worden. Es beteiligten sich an ihm 1200 Arbeiter. Die Grubendirektion droht mit einer Aussperrung sämtlicher Arbeiter. Die Arbeiterentlassungen in Oberschlesien dauern an. Auf der Elfenstein-Grube wurde 410 Arbeitern, bei der Friedensgrube 250 und bei der Baumgrube-Gütte 540 Arbeitern gekündigt.

Gestern wurden neue große Arbeitslosen Demonstrationen in verschiedenen Ortschaften Polnisch-Oberschlesiens veranstaltet, so in Biel-schowitz, Schwientochlowitz und Paulsdorf. Der Grund der Demonstrationen ist die Nichtauszahlung der Arbeitslosengelder, weil in den hierfür in Frage kommenden Massen kein Geld vorhanden ist. In Biel-schowitz versammelten sich gegen 600 Personen vor dem Gemeindehaus. Ein hartes Polizeiaufgebot hatte die Demonstranten zu zerstreuen. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit den Arbeitslosen. Als sich die Menge vor den Kolben und Bajonetten nicht zurückgab, gab die Polizei einige Salven in die Luft ab. Erst jetzt zog sich die Menge zögernd zurück. Zahlreiche Polizisten sind durch Steinwürfe verletzt worden. Im Gemeindehaus wurden sämtliche Scheiben eingeschlagen. Durch Bajonettschüsse und Kolbenstöße erlitten 14 Männer und Frauen Verletzungen, doch sind diese meist leichter Natur. Die Polizei hat gegen 20 Personen verhaftet.

An den Demonstrationen haben sich zahlreiche Frauen mit Kin-

Krach in der Scheitniger SPD.

Dem Abteilungsleiter das Mißtrauen ausgesprochen
Vertrauensvotum für die Breslauer Delegierten / Der Bericht von der gestrigen Abteilungs-Versammlung der SPD. in Scheitnig auf der lokalen Seite.

KPD. Sieg auf Gut Neuhof

Mitläuferschlag, 16. Juni. Auf dem dem Grafen Handel-Donnertsmark gehörigen Dominium Neuhoft fand die Betriebsratwahl statt, die mit einem vollen Siege für die KPD. endete. Das Resultat ist wie folgt.

	1931		1930	
	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze
KPD.	43	4	29	3
Christl. Einheitsliste	19	1	25	2

Dieses Wahlergebnis ist mit ein Zeichen der wachsenden Radikalisierung und der Steigerung der Kampfkraft auch der Landarbeiter-schaft. Die Gutsknechte des christlichen Ausbeutergesetzes haben sich für den Kampf gegen die menschenunwürdigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse entschieden. Die KPD. muß auf Grund des Wahlergebnisses den Kampf jetzt schon organisieren und in der Erntezeit durchführen, weil das der geeignetste Zeitpunkt zur Erringung von Arbeiterforderungen ist.

Wohlfahrtsarbeiterstreik in Kollittin

Kollittin, 16. Juni. (Sig. Drahtber.) Die Wohlfahrtsarbeiter der Gemeinde Kollittin — 65 Mann — sind wegen Ablehnung ihrer Forderung auf Zahlung des Tariflohnes geschlossen in den Streik getreten. Die Gemeinde zahlte bis jetzt den Protesten für Nach-Regulierungsarbeiten einen Stundenlohn von 30 Pfg. Die Streikenden haben eine Streikleitung gewählt, diese in der am Abend stattgefundenen Streikversammlung erweitert und den Beschluß auf Streikführung gefaßt.

60 Schupo in Weißwasser O.S.

21 Arbeiter aus den Betrieben heraus verhaftet
Görlitz, am 5. Juni beabsichtigten die Nazis, hier eine Versammlung zu veranstalten. Da diese Gesellschaft schon wiederholt versucht hatte, bei solchen Versammlungen provokatorische Ueberfälle durchzuführen, verhinderten die Arbeiter diese Versammlung. Sie waren in Stärke von 3000 Mann erschienen, und die Nazis konnten die Versammlung nicht abhalten.

Darauf setzte in der bürgerlichen Presse eine ungeheure Hege gegen die Arbeiterschaft ein, und die „republikanische“ Anzipsolizei leitete darauf eine Strafexpedition ein. Nicht weniger als 60 Schupos aus Görlitz erschienen am Montag in Weißwasser, und aus den Betrieben heraus wurden 21 „verdächtige“ Arbeiter verhaftet. Zwei von ihnen hat man inzwischen wieder freilassen müssen, während 16 in Untersuchungshaft genommen wurden, weil sie angeblich Demonstrationszwecke begangen haben sollen. Wir kommen morgen noch näher darauf zurück.

Zur Orte herrscht über das Vorgehen der Schupo, die mit Nachsichtengedehren angeblüht war, eine ungeheure Empörung. Zahlreiche Arbeiter aus den Betrieben fordern Protestkreise für die Freilassung der Verhafteten.

Ein Sturm der Empörung wird durchs Volk gegen. Heute sehen

Die Krise

Zwischen 20 und 25 Millionen Menschen sind in den industriell entwickelten Gebieten der Erde arbeitslos. Niemals waren die Rohstoffe so preiswert wie heute, niemals waren Lebensmittel in solch reichem, überflüssiger Menge verfügbar, niemals waren industrielle Güter mit so wenig Mühe und in solcher Masse zu erzeugen.

Niemals waren aber auch Verzweiflung und Elend, solche Massenerschütterungen, niemals die Unfähigkeit, die Güter zu kaufen, so groß, niemals die Möglichkeit, mit Arbeit das Leben zu fristen, so gering.

Nur wenige Lagen gibt es in der zivilisierten Welt noch, wo einstmals leidliche Lebensbedingungen herrschen.

Dieses vernichtende Urteil über den Weltkapitalismus kann man in der letzten Sonntagsausgabe der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 316) nachlesen. In längeren Ausführungen wird dort der Nachweis geführt, was bisher noch niemals in Deutschland so offen ausgesprochen wurde, daß das ganze Geschwäh von der Revision des Youngplans oder von einem Moratorium (Zahlungsausschub), gelinde gesagt, Unsinn ist, da das kapitalistische System bereits einen so tiefen Grad der Zerrüttung erreicht hat, daß die Erfüllung der Zahlungsfähigkeit durch Deutschland nicht nur für die kapitalistische Wirtschaft des Schuldnerlandes, sondern auch der Gläubigerländer die bisher nur mühsam vermiedene Katastrophe herbeiführen müßte.

Das Blatt der rheinischen Schwerindustrie verweist auf einen Artikel des bekannten englischen Nationalökonomens Keynes, der die weltwirtschaftliche Katastrophe als unvermeidlich voraussetzt, verschweigt allerdings, daß in demselben Artikel des „Manchester Guardian“ Keynes eine Weltinflation fordert als letzte „Möglichkeit“, noch einmal die Krise zu überwinden. Soweit ist also der Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft bereits gestiegen.

Was hier noch zu beweisen war, ist damit bewiesen: Es gibt keine kapitalistische Neuregelung des Reparationsproblems mehr, da es unlösbar mit den Existenzbedingungen des kapitalistischen Systems selbst verbunden ist. Die Weltkrise stellt vor die Völker der Erde die Frage eindeutig: Nur über die soziale Befreiung, d. h. über den Sturz der imperialistischen Kapitalismen geht der Weg der revolutionären proletarischen Lösung des Reparationsproblems und damit in Deutschland zur nationalen Befreiung.

Im Gegensatz zum Jahre 1923 haben wir es heute mit einer Weltwirtschaftskrise zu tun, die alle kapitalistischen Länder derartig beschäftigt, daß die sogenannte internationale Solidarität des Finanzkapitals, auf die letzten Endes die Revisionspolitik der Regierung spekuliert, ausbleiben muß. Mit Recht verweist die „Kölnische Zeitung“ darauf, daß England und Amerika selbst genug damit zu tun haben, mit ihrer Krise fertig zu werden. In Südamerika habe England rund 40 und die Vereinigten Staaten rund 25 Milliarden Mark eingelegt, die nur durch kostspielige Stützaktionen vielleicht gerettet werden können. Ein anderer Erdteil, Australien, ist hoch an England verschuldet und muß saniert werden. Ganz Südosteuropa ist durch die Agrarkrise in eine wirtschaftliche Wüste verwandelt worden. Nur ein Land gibt es in der Tat heute ohne Krise: die Sowjetunion!

Mit großem Getöse wurde die Konferenz in Chequers von der bürgerlichen Presse als der Wendepunkt der deutschen Krise und des Youngplans gefeiert. Der „Stein der Weisen“, den die dort versammelten Minister angeblich gefunden haben, wird streng geheimgehalten, was die Sache zwar mysteriös, nicht aber hoffnungsvoller macht. In Wirklichkeit war Chequers eine vollendete Pleite. Selbst die berühmte „psychologische Wirkung“, die man sich mit Hilfe einer optimistischen Berichterstattung versprach, blieb aus. Das Gegenteil trat ein. Sprechen wir offen aus, was die bürgerliche Presse nur andeuten magt: Statt des Silberstreifens erscheint in diesen Tagen das Gespenst einer neuen Inflation am Horizont und wirft bereits seine ersten Schatten auf Deutschland.

Was ist geschehen? Die ausländischen Geldgeber Deutschlands, an der Spitze diesmal beziehungsweise Amerika und England, aber auch Frankreich, sind plötzlich dazu übergegangen, große Teile ihrer Guthaben und Kredite zu kündigen. In Deutschland setzte als Folge eine Flucht vor der Mark ein. Die patriotischen deutschen Kapitalisten beeilten sich, ihre Markwerte in Devisen umzuwandeln, wobei ihnen die Reichsbank sogar noch entgegenkam, nur und ausschließlich zum Zwecke der Kapitalflucht in das Ausland. Die Reichsbank war gezwungen, um die Mark zu stützen, in der Zeit vom 1. bis 13. Juni fast eine Milliarde Gold und Devisen an das Ausland abzugeben. Die Deckung der Mark wurde bis an die Grenze des Möglichen vermindert.

Berschärfung der „Landesverrats“- Bestimmungen

Seit einiger Zeit geht das Gerücht um, daß Groener im Reichskabinett auf den Erlass einer Notverordnung hindrängt, durch die die gesetzlichen Bestimmungen über „Landesverrat“ verschärft werden sollen. Die reaktionäre „Deutsche Zeitung“ bestätigt inzwischen, daß in der Tat eine solche Absicht besteht. Was damit beabsichtigt ist, das verrät dieses Blatt gleichzeitig, wenn es folgendes schreibt:

„Freilich — sollte das „Kabinett der Frontkämpfer“ den Wünschen des Reichswehrministeriums gerecht werden, dann müßten auch gleichzeitig ganze Konzentrationen Lager für die mit Freiheitsstrafen zu belegenden Landesverräter angelegt werden.“

Das ist deutlich. Für uns Marxisten ist es nichts Neues, daß der Krieg der

Weltheit letzter Schluß des durch die Weltwirtschaftskrise gepeinigten Kapitalismus ist. Wenn Groener gerade jetzt eine Verschärfung der Strafen für sogenannten Landesverrat fordert, so zielt er sicherlich weniger auf die Verfolgung von wirklichen oder angeblichen Spionen, sondern in der Hauptsache auf die Mund-tormachung der proletarischen Agitation gegen den imperialistischen Militarismus. Das Ausland weiß sowieso, was in Deutschland auf militärischem Gebiet vor sich geht, aber dem deutschen Volke soll es verheimlicht werden. Wer den Schleier über die militärischen Vorbereitungen Deutschlands für den Krieg gegen die Sowjetunion lüftet, der soll ins Zuchthaus oder ins Konzentrationslager. Die Arbeiterschaft ist gewarnt. Ihr Kampf gegen die Kämpfungsfront des deutschen Imperialismus ist ein Teil ihrer großen Kampfes zur Beseitigung des kapitalistischen Systems und zur Eroberung des Sozialismus.

In diesem Augenblick griff die Reichsbank zu dem technischen Mittel, den Diskontsatz von fünf auf sieben Prozent zu erhöhen, das heißt, die Zinsen zu verteuern. Noch eine Milliarde mehr Goldabfluß ins Ausland und es kracht nicht nur im Gehäl, sondern in den Fundamenten der Banken und der Trusts. Durch die Ereignisse der letzten vierzehn Tage, die an zeitlichem Ausmaß und in ihrer zerstörenden Wirkung bei weitem die Vorgänge nach dem 14. September 1930 übertreffen, wird nicht nur die Wirtschaftskrise eine außerordentliche Verschärfung erfahren, sondern gleichzeitig das ganze sogenannte „Sanierungswerk“ der Brüning'schen Notverordnung in Frage gestellt.

Die bürgerlichen Propheten, die sich schon so oft geirrt haben, beeilen sich auch diesmal wieder zu erklären, daß dieser Erdrutsch bereits überstanden ist. Demgegenüber sind wir der Meinung, daß dieser zweiten tiefen Erschütterung, acht Monate nach der ersten im vergangenen Herbst, noch stärker, noch zerstörender in ihrer Wirkung schon bald die dritte folgen wird. Alle Hoffnungen der Bourgeoisie auf eine Überwindung der Krise, sei es auch mit welchen Methoden immer, sind — das zeigen die letzten Ereignisse — ins Wasser gefallen. Das Institut für Konjunkturforschung ist nach gründlichen Untersuchungen zu dem Ergebnis gekommen, daß die Voraussetzungen für einen Aufschwung nicht gegeben sind. Produktion und Beschäftigung werden sich vielmehr, so heißt es in seinem Bericht, im verbleibenden Teil 1931 weiter depressiv verhalten. Das Ausmaß der Krise übertrifft alle bisherigen Krisen. Solange eine kapitalistische Wirtschaft in Deutschland besteht, war der Konjunkturrückgang noch niemals so stark. Wörtlich heißt es dann in dem Bericht:

„Nach den Tendenzen der Konjunkturentwicklung, soweit sie bereits jetzt zu erkennen sind, wird man damit rechnen können, daß sich die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter zwischen 5 und 6 Millionen halten wird.“

So kommt eins zum andern: keine Aussichten auf eine „wirtschaftsentscheidende“ Revision des Youngplans, anhaltende Depression und neues Ansteigen der Arbeitslosenziffern, wobei nach allen Erfahrungen wir eher die Gewähr haben, daß die oben genannten Ziffern überschritten werden, statt umgekehrt. Die herrschende Klasse kann zwar die Arbeitslosen auf das Lebensniveau chinesisches Kulis herunterdrücken, aber trotzdem wird es unvermeidlich sein, daß nicht zur Erhaltung der Arbeitslosen, sondern von „Ruhe und Ordnung“ Milliardensummen aufgewandt werden müssen, um die Opfer der Krise zu unterstützen. Da beanstandlich nicht die Kapitalisten, sondern die noch in Arbeit stehenden Werkstätten, Arbeiter, Angestellte und Beamte, die Träger der sozialen Lasten sind, wird man versuchen, noch über das Maß der neuen Belastung durch die letzte Notverordnung wiederum von ihnen ein weiteres „Not-“ und „Krisen“opfer zu fordern. So wird die Bourgeoisie versuchen, auch weiterhin die Lasten der Krise und der Tribute in der Form des „inneren Youngplans“ ausschließlich auf die Schultern der Werttätigen abzuwälzen. Man braucht nach den letzten Hungerkündigungen kein Prophet zu sein, um zu wissen, daß die Geduld der Massen die Grenzen erreicht hat — und die letzte Entscheidung nicht mehr in der Wilhelmstraße oder den Trustkontoren, sondern in den unausschließlichen Klassenkämpfen fallen wird.

Die Klassengegensätze spitzen sich zu. Immer größere Massen des werttätigen Volkes werden von den Verheerungen der ökonomischen Krise erfaßt. Schneller als in anderen Zeiten lernt das Volk die politischen Zusammenhänge begreifen. Wie tief die Radikalisierung bereits geht, das zeigte die Tagung der Polizeibeamten. Die revolutionären Kräfte des Prole-

tarats wachsen. Der Kommunismus marschiert. Die Verschärfung der ökonomischen Krise in Deutschland, wie sie in diesen Tagen eingetreten ist, muß unvermeidlich zu einer Verschärfung der Klassenkämpfe und zu weiteren politischen Erschütterungen führen, das Herantreten der Voraussetzungen einer revolutionären Krise beschleunigen.

Keine sozialdemokratische Demagogie und keine nationalsozialistischen Verwirrungsmanöver werden auf die Dauer die Massen des Volkes darüber hinwegtäuschen, daß der Kapitalismus selbst die Frage seiner Überwindung auf die Tagesordnung setzt. Soll eine nicht auszubehende barbarische Zukunft und unvermeidlich ein neuer imperialistischer Krieg verhindert werden, dann muß das Proletariat den einzig möglichen Weg beschreiten, der einen Ausweg aus der Krise und eine bessere Zukunft zeigt. Der Kampf um die Macht und für die Eroberung des Sozialismus ist heute in den kapitalistischen Ländern die große historische Aufgabe, vor der die Arbeiterklasse steht.

Gegen Notverordnung, Lohnraub und Unterstützungsraub organisiert die revolutionäre Einheitsfront aller Ausgebeuteten!

DIE VIERZIGSTUNDENWOCHE



Unternehmer: „Du mußt sie noch ein bißchen anfußern, Tarnow!“

ADGB-Tarnow: „Wenn es man helfen wird, die Bande sieht den Haken!“

Aus der Juni-Nummer des „Eulenspiegel“

Brüningverordnung: Hunger, Not! / KPD-Programm: Arbeit, Brot!

Die Brüning-Regierung diktiert:

In allen Lohnklassen werden in Zukunft die Unterstüßungen um 5 Prozent gekürzt. Die Unterstüßungsbauer der Saisonarbeiter wird von 26 auf 20 Wochen gekürzt, ihre Unterstüßung wird auf die Höhe der Krisenfürsorge herabgesetzt. Die Wartezeit wird von 14 auf 21, von 7 auf 14, von 3 auf 7 Tage verlängert. Die Jugendlichen bis zu 21 Jahren erhalten keine Unterstüßung. Es wird ein „freiwilliger“ Arbeitsdienst eingeführt. Für Arbeitslose kann die versicherungsmäßige Unterstüßung von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden. Die Reichsanstalt erhält die Vollmacht, zur Abwendung eines neuen Defizits selbstständig die Beiträge zu erhöhen, die Leistungen bis auf die Höhe der Krisenfürsorge zu senken und die Unterstüßungsbauer zu verkürzen. Dasselbe Recht hat auch die Reichsregierung. In allen öffentlichen Betrieben wird die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich eingeführt. Dasselbe soll auch in bestimmten Industrien erfolgen. Die Zahlung der Hochfahrtsunterstüßung wird von einer verschärften Prüfung der Bedürftigkeit abhängig gemacht. (Aus der vollvernehmenden Brüning-Notverordnung.)

Die Kommunistische Partei fordert:

Herabsetzung der Maximalarbeitszeit auf sieben Stunden täglich beziehungsweise 40 Stunden pro Woche bei Zahlung des vollen Lohnausgleiches. Anträge auf Stilllegung und Einschränkung der Betriebe sind unterlagert. In allen Fällen, wo Betriebsstilllegungen durchgeführt sind, sind diese rückgängig zu machen. Erneuerung des Wohnungsbauprogramms um 300 000 Wohnungen jährlich. Sofortige Inangriffnahme der bisher immer wieder aufgeschobenen Erneuerungsarbeiten bei der Reichsbahn und den sonstigen öffentlichen Verkehrseinrichtungen. Alle Arbeiter dürfen nur zu den tariflichen Löhnen erfolgen. Durchführung von Zwangsarbeit aller Art ist verboten. — Streichung aller Ausgaben für militärische Zwecke und für die militarisierte Polizei. Kürzung der Gehälter und Pensionen der oberen Beamten und Angestellten, soweit sie den Betrag von 8000 beziehungsweise 6000 Mark jährlich übersteigen. Erhebung einer Millionärsteuer, Besteuerung von Dividenden und Aufsichtsratsanteilen. (Aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Kommunistischen Partei.)

Arbeiter, Angestellte, Beamte und Mittelständler! Ihr müßt entscheiden. Dort das Hungerdiktat, das Programm der Kapitalbildung, der Bereicherung der Millionäre und Satten, der Volksausplünderung und blutigste Unterdrückung! Hier der Plan der Kommunistischen Partei zur Arbeitsbeschaffung, der wirklichen Hilfe für die Millionen Arbeitslosen und Hungernden. Genug der mörderischen Lasten! Genug der Hungerdiktatur! Das Volk will leben! Also muß die Notverordnung fort, muß Brüning verschwinden! Gegen die Hungeraktion der vereinigten Volksfeinde!

Heraus zum Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit!

Achtung! Der Rote Sender von Breslau sendet:

„Lehmann soll mal auf dem Stempelamt den „zweiten Mann“ suchen!“

Eine stürmische Abteilungsverammlung der SPD. in Scheitnig — Dem Abteilungsleiter wird das Mißtrauen ausgesprochen

Wir setzen heute unsere Berichterstattung über die Vorgänge in der Breslauer Sozialdemokratie fort. Heute bringen wir den Verlauf der gestrigen Abend in Scheitnig stattgefundenen Abteilungsver-

Schon der geringe Besuch zeigte, welche großes „Interesse“ bei den Mitgliedern für die „Berichterstattung“ der SPD. Jungen vom Parteitag herrschte. Von der ganzen Abteilung, die über 1000 Mit-

Die Versammlung wurde von Dr. Geisler, dem Abteilungsleiter geleitet. Lehmann, der Bezirkspartei sekretär, gab den Bericht vom Parteitag. So bezeichnete er die Ausführungen Freitichs als den „Höhepunkt des Parteitages“, und erntete dafür stürmische Gelächter. Als er von der Politik der Reichstagsfraktion sprach, kam u. a. der Zwischenruf: „Die Fraktion hat viel geschändigt“, worauf Lehmann erwiderte: „Wir sündigen überhaupt nicht.“ Zwischenruf: „Da hast du aber einen Witz gemacht!“ Er sagte dann in seinen weiteren Ausführungen zur SPD-Politik: „Unsere Politik wird uns von unseren Gegnern vorgeschrieben.“ Zwischenruf: „Da haben wir's ja!“

Lehmann machte dann zur Ableitung in Kommunisten-Neze und behauptete, die Ultrarevolutionären von heute werden die Ultrareaktionären von morgen sein. Er mußte aber in seinen weiteren Ausführungen schließlich zugeben: Die SPD. ist unfähig, den Kapitalismus zu überwinden, auch Larnow hätte in seinem Referat keinen Ausweg gezeigt. Er begrüßt dann das Verbot der Jungsozialisten, das schon dadurch gerechtfertigt sei, daß die Jungsozialisten keine eigentliche Mission zu erfüllen hätten.

Hier setzte ein wahrer Sturm von Zwischenrufen und Protesten ein. Der Versammlungsleiter Geisler verteilte wohllos Ordnungsrufer und bezeichnete die Frauen, die die Zwischenrufe machten, als Wankweiber, was einen neuen Sturm der Mitglieder zur Folge hatte, so daß sich schließlich Geisler nicht mehr durchsetzen konnte.

Lehmann fährt dann fort: Auch die SPD. könnte, wenn sie heute die Regierung übernehmen würde, nicht anders als mit Notverordnungen regieren, schon weil sie vor allem auf die Auslandskredite angewiesen wäre. (Stürmische „Wah!“-Rufe.)

In der Diskussion sprach zuerst Goreski, ein echter „Unter“ Phrasen. Der erklärt, daß die Massenflucht aus der SPD. noch viel stärker wäre, wenn die Mitglieder nicht so uninteressiert zu allen Fragen stehen würden. 40 Prozent der alten Mitgliedschaft ist überhaupt nur noch aus Tradition bei der Partei, und später einmal unter Parteiführern herbeizuzüchten zu werden. Er nahm dann gegen die Riesen-gelächter der SPD.-Jungen Stellung.

Zilch, Landrat, führte aus: Man muß der Massenstimmung mehr Rechnung tragen, so wie bisher ginge es nicht weiter, denn dann könne man die Mitglieder nicht halten.

Nach ihm nahm ein Jungsozialist das Wort, der sehr unklar und verworren gegen die Politik des Parteivorstandes Stellung nahm. Als er von den ungeheuerlichen Schwierigkeiten sprach, von den unüberwindlichen Hindernissen, für die Partei zu werben, kam der Zwischenruf:

„Lehmann soll mal auf dem Stempelamt den 2. Mann suchen!“ Er bringt dann einen Antrag ein, der den Breslauer Delegierten des Parteitages das Vertrauen ausdrückt.

Ein älterer Arbeiter erklärte: „Die bürgerliche Republik bringt nur den Jungen den „Sozialismus“, aber den Arbeitern nur neue Lasten und neues Elend.“

Dann sprach ein rechter SPD.-Mann und forderte zynisch die linken Proleten auf, doch endlich Farbe zu bekennen, ob sie die Politik des gewalttätigen Sturzes als utopisch ablehnen, denn dann müssen sie die Politik der Tolerierung, überhaupt die ganze Politik der Reichstagsfraktion unterstützen. Sind sie aber für den gewalttätigen Sturz des Kapitalismus, dann müssen sie sich logischerweise auf den Standpunkt der KPD. stellen und den bewaffneten Kampf vorbereiten.

Auf diese freche provokatorische Rede antwortete ihm der „linke“ SPD.-Mann Beuthner, der erklärte: „Es gibt in der Tat zwei Auswege aus der Krise: der eine, das ist die kapitalistische Lösung, die alle Lasten auf die Schultern der Verdienten abwälzt, die Arbeiterschaft verelenden läßt, und der jetzt gegangen wird, und der andere, das ist der proletarische Ausweg, der den gewalttätigen Unterdrückung der Unternehmer, den gewalttätigen Kampf gegen die Unternehmer entgegensetzt.“

Nach dieser sehr richtigen und marxistischen Feststellung verließ er sich dann in Phrasen und Unklarheiten und forderte eine „radikale Aenderung“ der Politik der Partei und Reichstagsfraktion. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem, tosendem Beifall aufgenommen.

Nun sah sich Dr. Geisler genötigt, eingzugreifen, um der Diskussion eine andere Richtung zu geben und das gefährliche Thema abzuwürgen. Er erklärte sehr pessimistisch: „Leider ist der Weg des bewaffneten Aufstandes nicht möglich. Eine Revolution ist nur in Zeiten der Konjunktur möglich, wenn sich die Arbeiterbewegung im Aufschwunge befindet.“

Zwar ist es heute fast unerträglich, aber man muß abwarten.“ Stürmische Unterbrechung: „Du bist warm als Bonge im Wira.“ „Du hast ja Angst um deine Stellung!“ usw.

Sodann sprach nochmals Beuthner. Der Aufstand ist nur möglich in Zeiten der Krise, da nur dann das revolutionäre Bewußtsein der Massen erwacht. Er betonte nochmals die Notwendigkeit der Organisation der Revolution.

Ein rechter SPD.-Mann entlarvte die Demagogie Zilchs.

der sich hier so radikal gebärde. Solange er aber selber Stabsrat war und mit die Verantwortung trug, hat er die Politik der Mehrheit mitgemacht und gutgeheißen.

Das Schlusswort von Lehmann war schwach. Die SPD. ist noch lange nicht fähig, den Kapitalismus zu stürzen. Eine Klasse, die jahrhundertlang unterdrückt war, kann nicht in zehn Jahren Demokratie und Republik diese Entwidlung nachholen. Man müsse viel mehr Wert auf die Bildung und Schulung der Massen legen usw.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag, den Breslauer Delegierten das Vertrauen auszusprechen, gegen 3 oder 4 Stimmen angenommen. Außerdem war noch im Verlauf der Diskussion ein Antrag eingegangen, dem Dr. Geisler als Versammlungsleiter und Abteilungsleiter das Mißtrauen auszusprechen. Geisler verhielt sich die Abstimmung und versuchte auch zum Schluß noch, den Antrag kläglich zu unterdrücken. Erst auf den stürmischen Protest der Versammlung hin übertrug er die Abstimmungsleitung Freitich. Dieser versuchte nun seinerseits noch, die Abstimmung abzuwürgen. Es sei schon so spät, es hätte doch keinen Zweck und lohne sich nicht usw. Auch Zilch versuchte von einer Abstimmung zurückzuhalten.

Die Mitglieder quittierten auf diese Schließungsversuche mit stürmischen Protesten und Zwischenrufen. Goreski greift Dr. Geisler an, der als Abteilungsleiter nichts getan habe zum Stahlhelmtag und zur Notverordnung. Weder sind Versammlungen noch Demonstrationen organisiert worden. Schließlich muß Freitich abstimmen lassen. Mit überwältigender Mehrheit wird fast einstimmig dem Abteilungsleiter Dr. Geisler das Mißtrauen ausgesprochen.

Auch der Verlauf dieser Mitgliederversammlung in Scheitnig zeigt die offene Rebellion der Proleten gegen die Parteipolitik und den kampflosen Versuch der Bürokratie, die Mitglieder niederzulassen und sie auch weiterhin vor ihren Karren zu spannen. Die Forderung der Proleten nach dem Sturz des Kapitalismus, nach dem rücksichtslosen Kampf gegen dieses System der Verelendung beantwortet der Bezirkssekretär mit Phrasen von „narrower Reife“ und „erforderlicher Bildung“.

Wenn sich aber der SPD.-Mann Beuthner zum Sprecher für die rebellierenden Mitglieder macht und den gewalttätigen Sturz des Kapitalismus fordert, so ist das bei ihm nichts als eitle Demagogie. Beuthner ist es gewesen, der, als die Kommunisten in der Gruppe sozialistischer Schüler die Mehrheit eroberten, diese Gruppe spaltete und einen eigenen reformistischen Laden aufzog. Wenn er heute diese radikalen Worte redet, so nur, um den Stimmungen der Proleten nachzugeben. Es ist nichts als eine billige Geste.

Die „Volkswacht“ wird nun wieder zu berichten wissen, daß unser Bericht von „A bis Z aus den Fingern gezogen“ ist und wir ihn von „den oben gekennzeichneten Spielern“ (Wer ist das eigentlich?) bekommen haben. Die Mitglieder aber wissen sehr genau, wie es in der SPD. aussieht, und sie wissen auch, daß es den Herren in der „Volkswacht“ Angst und Bange ist. Die Massenflucht aus der SPD. können sie nicht mehr verhindern, und die lächerlichen Bemühungen in ihrer gestrigen Ausgabe, die KPD. als winzige, einflusslose Splitterpartei, also fast überhaupt nicht mehr vorhanden hinzustellen, erinnern zu sehr an die jahrelangen Behauptungen der SPD., daß die KPD. völlig tot sei, als daß sie heute noch von jemand ernst genommen werden.

Noch eine stürmische Versammlung

Mitglieder fordern Schluß mit der Stützung Brünings

In Steine fand vorige Woche ebenfalls eine stürmisch verlaufene Mitgliederversammlung der SPD. statt. Obwohl außer dem Berichterstatter sich auch der Genosse Dr. R. eine große Rülpe gab, die Bogen zu glätten, wurde eine Entschliessung angenommen, in welcher nicht nur in schärfster Weise gegen die Notverordnung protestiert wurde, sondern worin auch die Reichstagsfraktion aufgefordert wurde, „mit der Stützung der Brünings-Regierung endlich Schluss zu machen“. Die Antwort haben die Weis und Löbe den Genossen von Steine jetzt erteilt, und wenn wir dann wieder über weitere Rebellion in der SPD. berichten werden, wird trotzdem die „Volkswacht“ kommen und wird sagen, wir lügen.

Strehlen

Zweimal geplagt

Der letzte Montag war für die Ortsgruppe der SPD. ein schwarzer Tag. Man hatte zu einer öffentlichen Erwerbslosenversammlung auf dem Selbsthilfepark aufgerufen. Ganze 25 Männlein und Weiblein hatten sich dazu eingefunden, während unsere eine Stunde zuvor durchgeführte Protestkundgebung auf dem Ring, bei welcher Genosse Andreaka sprach, die zehnfache Zahl der Teilnehmer aufzuweisen hatte. Während Genosse Andreaka eine unbarmherzige Abrechnung mit dem heutigen System hielt, versuchte der fränke Mann von der SPD. das „kleinere Uebel“ (sprich Notverordnungen) zu verteidigen. Inzwischen hatte sich auf dem Selbsthilfepark eine große Anzahl unserer Genossen eingefunden, die den Referenten derartig außer Fassung brachten, daß man tatsächlich glauben mußte, vor einem Irren zu stehen. Als eine hirnverbrannte fixe Idee muß es bezeichnet werden, wenn dieser fränke Mann von der SPD. behauptet, „unsere Arbeitslosen hätten schon Arbeit, aber wenn sie arbeiten, werden sie dieselbe in vierzehn Tagen wieder hin.“

Ein Entrüstungssturm über diese freche Behauptung setzte ein, und Genosse Freiß, der zufällig anwesend war, zeigte einem Stolz, wie heute die Proleten in Wirklichkeit denken, und daß sie es satt haben, sich von den Räpchen der SPD. weiter einfangen zu lassen. Die Ausführungen des Genossen Freiß lösten großen Beifall aus, an welchem sich auch die anwesenden Sozialdemokraten beteiligten. Als nun Stolz das Schlusswort nahm, verließen unsere Genossen die Versammlung, und noch ganze 23 Männlein und Weiblein wie zwei Holzstämme waren seine Elite.

An demselben Abend fand nun auf dem gleichen Platze eine Mitgliederversammlung der Freidenker statt. Unser Genosse Schmidt gab den Bericht von der letzten Konferenz. Daß auch hier der Laden bis zum Himmel stinkt, und es endlich an der Zeit ist, den „Proletarischen Freidenkerverband“ aufzugeben, hat auch diese Mitgliederversammlung gelehrt. Die anwesenden SPD.-Jungen besaßen — unsere Genossen, angeleitet von diesen „Arbeitervertretern“, stellten den Antrag auf Ausschluß des besoffenen Pulka aus der Mitgliederversammlung. Dieser Antrag wurde auch angenommen, aber Pulka blieb, und da eine praktische Auseinandersetzung über die verschiedensten Fragen somit nicht mehr möglich war, verließen unsere Genossen die Versammlung — und wieder waren es nur noch die SPD.-Genossen, denen die Schnapsstöße näher stand als das Freidenker-Statut, die zurückblieben. Vieles haben wir schon auszumitteln vermocht; aber wir werden es schaffen, trotz Spitz und Verleumdung eines Stolz, trotz all der Knüppel, die man uns in den Weg zu werfen versucht.

Verantwortlich für die 1. und 2. Spalte: Redaktion und Verlags: Riefwetter. Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Gieseler, Breslau. — Für die 3. Spalte: Karl Gieseler, Breslau. — Verlags- und Druck: Schönlank-Verlagsanstalt in Breslau.

Heraus zur Demonstration am Sonntag, dem 21. Juni 1931, auf dem Neumarkt zur Bezirks-Spartakiade der Roten Sportler

Antreten der Stabteile um 13.30 Uhr. Ost: Königsgräber Straße. Süd: Friedrichplatz. West: Striegauer Platz. Nord: Weissenburger Platz. Nordost: Hirsch. Ecke Boockstraße. Zentrum: 14 Uhr Neumarkt. Kampfgemeinschaft f. rote Sportlichkeit, Spartakiade-Ausschuss kommunistische Partei — KPD. — JUS. — Rote Hilfe Jfa — Kampfband gegen den Faschismus — KFD.

Wieder einer „freiwillig“ ausgewandert

Am Sonnabend beging in seiner Wohnung in der Andersenstraße der etwa 30jährige Glasreiniger Alfred R. Selbstmord durch Erhängen. Als Grund künftigen Trunkenheit und eheliche Zwistigkeiten anzusehen sein.

Und wieder einer ausgewandert

Am 15. Juni, gegen 6.30 Uhr, wurde der beruflose Alfred T. in seiner Wohnung in der Weinstraße erhängt aufgefunden. Es liegt Selbstmord vor.

Marxistische Arbeiterschule

Heute abend 19 Uhr Fortsetzung des Anfängerkurses für Stenographie. Am 21 Uhr Fortgeschrittenkursus. — Donnerstag: Kursus in Russisch und Deutsch.

Gigant

Wir weisen nochmals auf die Filmveranstaltung der Jfa am Sonntagvormittag 10 Uhr im „Zentral-Theater“, Westendstraße 50/52 hin. Zur Vorführung gelangen die beiden Filme „Gigant“ und „Der schwarze Sonntag“, Epochenleistungen russischer Filmkunst. Die Eintrittspreise betragen 30 Pfennig für Erwerbslose und 55 Pfennig Sozialarbeiter. Erscheint in Massen!

Spartakiadekomitee

Morgen Donnerstag kommen sämtliche Vereinsvertreter zur Spartakiadebesetzung. Leider fehlten einige Vertreter der eingeladenen Massenorganisationen. Wir hoffen, daß sie diesmal da sind. Außerdem hat der Agitationsbezirk zu erscheinen. Alles 8.30 Uhr bei R a p s, Mariannenstraße.

Protestversammlung der Roten Sportler

Am Mittwoch, dem 17. Juni, findet im Zentralballsaal, Westendstraße 50/52, eine öffentliche Protestversammlung der Roten Sportler gegen die Ausschüsse statt. Die Protestversammlung nimmt gegen die Ausschüsse bei den Naturfreunden sowie den Ausschlußterror der Reformisten Stellung. Wir ersuchen die Arbeiterschaft, durch zahlreichem Besuch die Protestversammlung zu unterstützen.

Marxistische Gemeinde E. V. Breslau als Ortsgruppe des Volksbundes für Selbstbestimmung

wird die am Mittwoch, dem 17. Juni, 19.30 Uhr stattfindende Gemeindeversammlung dem Anderten Gustav Tschirn als Ehrenvorsitzenden unserer Gemeinde widmen und zu einer Lehr-Gedächtnisfeier ausstellen. Auch wird der Bericht vom Bundestag gegeben. Sonntag, dem 21. Juni, findet um 16 Uhr unser Sommerjubiläum in der „Mibiera“, Eichenparkstraße, statt. Der Eintritt ist frei und sind Gessinnungsfreunde hierzu eingeladen.

Breslauer Notstands-, Fürsorge- und Pflichtarbeiter

Heraus zum Protest gegen die Hungeraktion der Brüning-Regierung sowie der gesamten weiteren Verschlechterungen am Freitag, dem 19. Juni, 20 Uhr, im Zentralballsaal, Westendstraße 50. Erscheint in Massen! Eintritt 10 Pfennig!

Die Notstands-Fürsorge-Pflichtarbeitervertretung. J. A.: Riefwetter.

Rund um den Erdball

Die französischen Arbeiterausflügler Opfer der Profitgier der Reeder

Über 500 Opfer der Schiffskatastrophe

Erst 69 Leichen geborgen — Schreckensszenen bei Ankunft der Leichen in St. Lazaire

Paris, den 16. Juni. Wie die Behörden zu melden gezwungen sind, steigt die Zahl der Todesopfer, die die furchtbare Dampferkatastrophe vor der Loire-Mündung forderte, ständig an. Wie jetzt festgestellt werden mußte, haben sich an Bord des „St. Philibert“ mehr Kinder befunden, als man ursprünglich angenommen hatte. Des Weiteren haben nur etwa 30 bis 40 Personen das Unglücksschiff in Noirmoutiers verlassen. Alles in allem ist also damit zu rechnen, daß diese Katastrophe, die durch die verbrecherische Profitgier der Reeder verursacht wurde, über 500 Todesopfer gefordert hat.

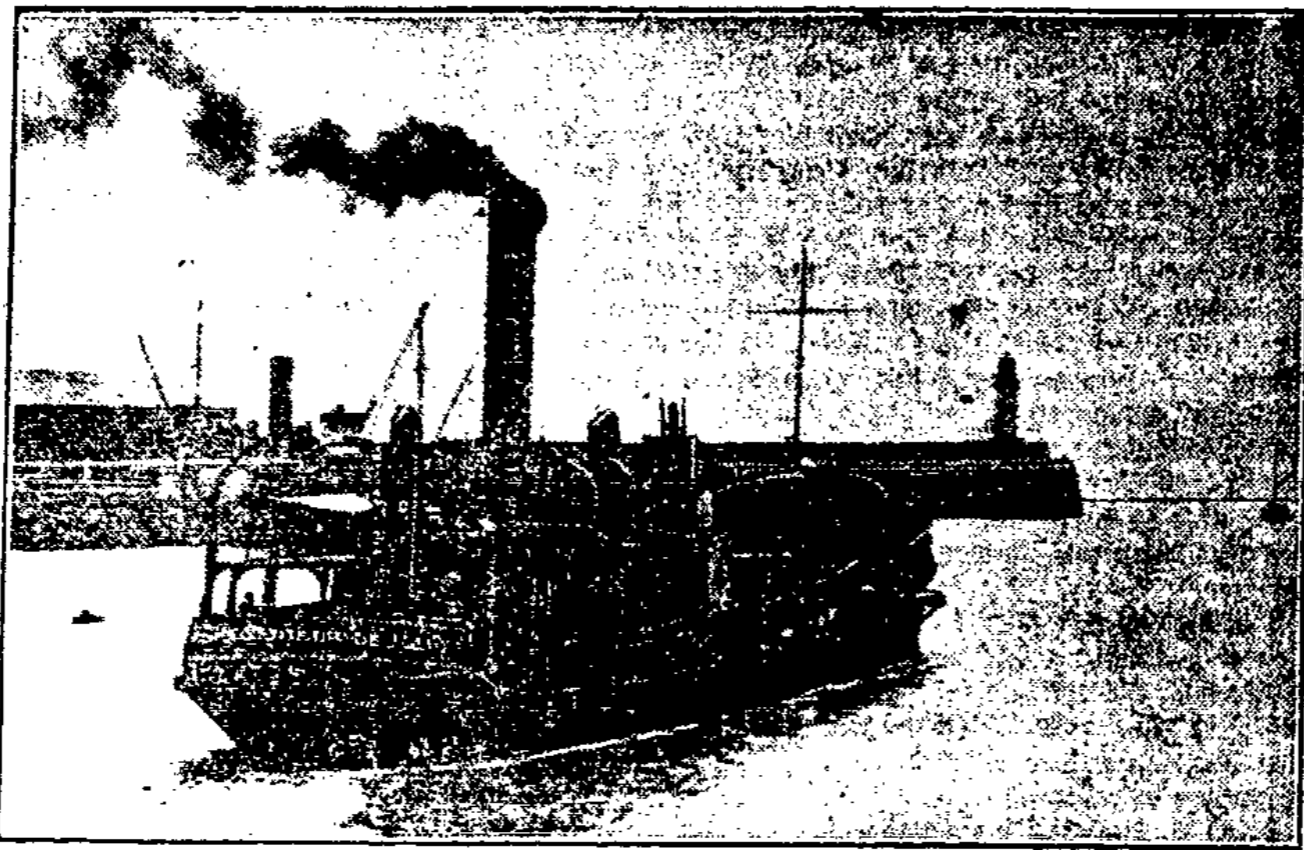
Unter dem Druck der empörten und verzweifeltsten Bevölkerung haben sich die Behörden gezwungen, sofort eine Untersuchung über die Schuldfrage einzuleiten. Doch ist man sich heute schon vollkommen darüber im Klaren, daß die volle Verantwortung für diese entsetzliche Schiffskatastrophe einzig und allein die Rüstenschiffahrtreederei trifft, die es in ihrer maßlosen Profitgier zuließ, daß ein kleiner Dampfer, der gewöhnlich nur Dienst auf dem Fluß tat, mit über 500 Personen besetzt war, und zwar auf einem Dampfer, von dem es feststand, daß er auch nicht im entferntesten einem Sturm auf dem Meere bei dieser ungeheuren Überlastung standhalten könnte.

Zwischen konnten erst 69 Leichen geborgen werden. Da ganze Familien untergegangen sind, behindert die Identifizierung der Toten große Schwierigkeiten. Unter den Opfern des Profits befindet sich auch das gesamte leitende Personal der Konsumgenossenschaft von Nieder-Loire.

Grauenhaft sind die Schilderungen der Geretteten. So konnte einer von ihnen, ein gewisser Frießträger Bertin aus Nantes, nur immer wieder rufen: „Meine Frau und mein Kind liegen im Meer!“ Andere berichten, daß das Schiff ganz plötzlich umgeschlagen sei, so daß niemand mehr an die Rettungsringe oder -boote herankommen konnte. Ein anderer Geretteter berichtete weinend, wie er fast eine Stunde lang sich und seine Frau schwimmend über Wasser gehalten habe, dann aber habe ihn ein anderer Ertrinkender in seinem Todesstamp mit hinunterziehen wollen. Zwar konnte er sich befreien, doch als dieser schaurige Kampf beendet war, sei eine Frau bereits in der Tiefe versunken.

Von den 69 Leichen, die bis Montag abend geborgen werden konnten, sind allein 63 Franzosen. Der Dampfer selbst liegt, wie die Taucher feststellen konnten, in einer Tiefe von 12 Metern. Bei der Ankunft der Leichen spielten sich am Hafen bei Nantes zerschmetternde Schreckensszenen ab. Zu den Ertrunkenen gehören ferner 32 österreichische Arbeiter, die in einer Fabrik bei Nantes beschäftigt waren. Von einer aus zehn Personen bestehenden Familie ist nicht ein einziger mit dem Leben davongekommen.

„Die Behörden haben eine sofortige strengste Untersuchung eingeleitet“ — so steht es beschwichtigend in den bürgerlichen Zeitungen. Nun, wir kennen leider zu gut aus unzähligen Fällen von Massenkatastrophen, wie diese „Untersuchungen“ ausfallen pflegen. Und auch Frankreich müßte kein kapito-



Lotsendampfer „De Joly“ brachte die ersten Toten

listischer Klassenstaat sein, wenn ein wirkliches Interesse vorläge, die ungeheure Mordschuld an über 500 Arbeitern und Angestellten festzustellen. Was bedarf es da — so fragen wir — noch einer großen Untersuchung? Die Tatsache, daß die Reederei doch nur darum ein vollkommen unzulängliches Schiff zur Verfügung stellte, weil es nur proletarische Ausflügler waren, spricht eine zu deutliche Sprache. Die französische Arbeiterchaft wird also gut tun wenn sie hinter die „Untersuchung“ der Behörden den Druck der proletarischen Deffenlichkeit setzt.

Zwangsarbeit in Youngdeutschland



Unser Bild zeigt Wohlfahrtserwerbslose, die unter Aufsicht berittener Gendarmen auf einem städtischen Gut Kartoffeln hacken müssen. Da die neue „AIZ“ äußerst instruktiv die ungeheuerlichen Auswirkungen der zweiten Noitverordnung zeigt, darf es diesmal keine Stadt und kein Dorf in Youngdeutschland geben in der diese einzige proletarische Bilderzeitung nicht gelesen wird. Darum:

Überall die „AIZ“!

Soldatenschinderei in glühender Sonne

60 französische Soldaten vom Sonnenstich betroffen

Paris, 16. Juni. Nach Meldungen französischer Blätter sollen in Nancy 60 Soldaten des Infanterieregiments 26 auf einem Übungsmarsch bei glühendem Sonnenbrand Sonnenstich erlitten haben. Zwei Mann seien bereits tot, während drei weitere den Verstand verloren hätten und ins Lazarett überführt worden seien.

Trotzdem die militärischen Stellen mit verdächtigem Eifer die obengenannten Zahlen der Erkrankungen und Todesfälle bestreiten, halten die Zeitungen ihre ersten Meldungen aufrecht, so daß also auch wir keinerlei Ursache haben, die Tatsache der ungeheuerlichen Soldatenschinderei der französischen Imperialisten zu bezweifeln. Was gilt diesen uniformierten Kettenhunden des Kapitals schon das Leben von Arbeiterjungen im Waffenrod?

Unterstützt das proletarische Ferienheim Elgersburg

Bekanntlich ist durch das Verbot der thüringischen Regierung das Kinderheim der Roten Hilfe „Mops“ Elgersburg seit einiger Zeit geschlossen. Um das Heim nicht unangekündigt dastehen zu lassen, hat sich die Elvor nach Verkündigung mit dem RW. der Roten Hilfe entschlossen, das Heim als Kur- und Erholungsheim zu eröffnen. Die äußerst günstige Lage dieses Heims in einem der schönsten Teile Thüringens — die zentrale Lage des Ortes innerhalb Deutschlands — seine leichte Erreichbarkeit durch günstige Zugverbindungen wird sicher manchen Funktionär der proletarischen Organisationen veranlassen, dort sein Ferien zu verleben.

Die Berechnung der Kosten ist auf das Genaueste vorgenommen worden. Wir sind in der Lage, in dem neuen Heim volle Pension einschließlich Bett für 4 Mark pro Tag zu gewähren. Die Kurabgabe, die nicht allzu hoch ist, wird im allgemeinen nach wirtschaftlichen Verhältnissen gestaffelt und muß außerhalb des Pensionspreises gezahlt werden.

Es sind im Heim insgesamt 17 Zimmer vorhanden mit ein bis vier Betten, außerdem ein Speisesaal, ein Lesezimmer, ein großer Lehrsaal, ein kleiner Spiel- und Sportplatz und Parkanlage. Als Pension werden vier Mahlzeiten gegeben. Der Pensionspreis beträgt für Erwachsene 4 Mark, für Kinder bis zu 10 Jahren 2,50 Mark und für Kinder über 10 Jahre 3 Mark pro Tag. Pensionspreis nicht unter drei Tagen.

Meldungen an Willi Krepphahn, Elgersburg in Thüringen, Zimenauer Straße.

Wirbelsturmkatastrophe in Belgien

Drei Tote — Riesige Ernteschäden

Brüssel, 15. Juni. Ein Wirbelsturm hat in Belgien große Verheerungen angerichtet, bei denen drei Personen getötet und mehrere verletzt wurden. In verschiedenen Ortschaften wurde die Ernte vollkommen vernichtet. In einem Dorf bei Löwen ist ein Schlammenregen niedergegangen.

Aus Unvorsichtigkeit die Mutter erschossen

In Mannheim bei Düsseldorf traf beim Spazieren der 18jährige Peter Stütgen seine Mutter, eine Kriegervitwe, ins Nasenbein. Sie brach zusammen und erlitt beim Sturz eine schwere Kopfwunde. Auf dem Wege ins Krankenhaus ist sie gestorben.

Selbstmord eines sozialdemokratischen Stadtrats

Am Sonntag mittag beging der sozialdemokratische Stadtrat Heide Selbstmord durch Erschießen. Heide war der Leiter der Tschehoer Zentrale der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ und der sozialdemokratischen Volksbuchhandlung. Der Grund zur Tat ist angeblich nicht bekannt.

Beamtentätig: Richard Krause, Berlin.

Urteil im Koburger Versicherungsprozeß

Um eine abgehackte Hand

Statt 60 000 Mark Versicherungsprämie nun ein Jahr Gefängnis

Koburg, den 16. Juni. Nach zweitägiger Verhandlung fällt am Dienstag das Koburger Schöffengericht das Urteil gegen den Mechaniker Alfred Schad aus Waldsachsen, der angeklagt war, sich auf einem Hackfließ die linke Hand abgehackt zu haben, um in den Besitz der Versicherungsprämie in Höhe von 60 000 Mark zu gelangen. Schad wurde wegen vorläufigen Betruges zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Trotzdem der Angeklagte noch bis zum Schluß der Verhandlung seine Unschuld beteuerte, erfolgte die Ver-

urteilung auf Grund des Beweisverfahrens und der Sachverständigenurteile, die für ihn ungünstig ausfielen. Seine Aussagen, daß er im Dunkeln der Nacht in der Scheune von 3 Unbekannten überfallen wurde, wobei ihm von einem der Männer die Hand abgehackt worden sei, wurde als in jeder Beziehung unglaubwürdig dargestellt. Die Sachverständigen befanden übereinstimmend, daß das Abhacken der Hand nur auf einer harten Unterlage erfolgt sein könne. Es sei auch sehr wahrscheinlich, daß der Angeklagte vor der Ausführung der grausamen Tat sich seinen Arm abgebunden hatte, da er sonst einen bedeutend größeren Wundverlauf erlitten hätte.

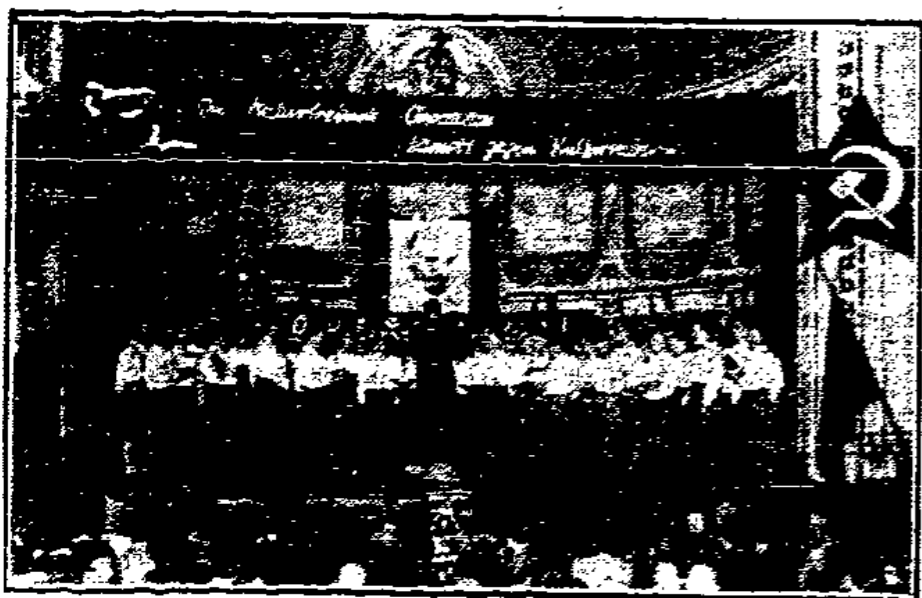
Des Weiteren habe er sich als Autoschlosser durch die zwei Versicherungen verdächtig gemacht und dazu noch in der Höhe von 60 000 Mark gegen Unfall. Nach Ansicht des Gerichts habe er auf diese Weise versucht, aus seiner schwierigen finanziellen Lage herauszukommen. Ferner hat die gerichtliche Untersuchung der Blutspuren ergeben, daß der Hackfließ nicht nur mit Ziegenblut, sondern auch mit Menschenblut getränkt war.

Mit dieser Verurteilung ist zum erstenmal ein Angeklagter, der wegen schmerzlicher Selbstverstümmelung vor Gericht stand, verurteilt worden. Wie vielleicht noch erinnern, wurde der österreichische Ingenieur Marez, der vor Jahren unter der Anklage stand, sich ein Bein abgehackt zu haben, um ebenfalls in den Besitz der Versicherungssumme zu kommen, freigesprochen. Auch der Kerumacher Kühr aus Olpe in Westfalen, der sich beide Beine von der Eisenbahn abtrennen ließ, um die Versicherungsprämie zu erhalten, blieb straffrei. Zu solchen grauenhaften Selbstverstümmelungen werden im Kapitalismus Menschen gezwungen, um aus dem ständigen zermürbenden Kleinkampf ums tägliche Brot herauszukommen.

Vom Hund in den Abgrund gestoßen

Ein merkwürdiger Unfall ereignete sich in der Ofenbauer Schlucht bei Meran. Zwei junge Mädchen standen am Rande der Schlucht, als sich ein großer Hund plötzlich zwischen sie drängte. Die beiden Mädchen glitten aus und stürzten über eine 60 Meter hohe Felswand ab. Beide erlitten dabei lebensgefährliche Verletzungen.

Sachsens Wanderer kommen zur Spartakiade



Bei den Dresdner oppositionellen Naturfreunden herrscht eine gewaltige Begeisterung für die Spartakiade der RSL. Mit dem Feuerwerk sammeln die Genossen auf den Listen große Beiträge bei der werktätigen Bevölkerung und den Geschäftsleuten, um mit ihren „90%“ unbedingt die gesamte Gesangsabteilung, die 70 Mann stark ist, nach Berlin zu bringen. Das Bild zeigt die Genossen bei einer ihrer Veranstaltungen, die einen gewaltigen Anhang bei den Dresdner Proletariern gewonnen hat. Stets sind rund 1500 Menschen anwesend, und somit agitieren die Genossen für die Ziele der Kampfgenossenschaft für rote Sportlichkeit.

Jetzt heißt es:

Klare Fronten bei den Bergarbeitern!

Von H. Schieren.

Im ober-schlesischen Bergbau sind es nur etwa noch 6 Wochen bis zum Ablauf des Lohntarifs. Die Unternehmer stoßen dauernd auf den verschiedensten Fronten der Lebenshaltung bei den Werktätigen vor. Noch scheint der Unternehmer nicht alle „gesetzlichen“ Lohnsteigerungsmaßnahmen erschöpft zu haben. Den Bergarbeitern sind ja die verschiedensten Lohnreduzierungen des vorigen Jahres noch sehr gut bekannt.

Nach jetzt wieder tüfteln die Unternehmerfolks alles mögliche aus, um innerhalb des abgeschlossenen Tarifvertrages Lohnabbau durchzuführen.

Die Unternehmer an der Ruhr haben bereits ihre Lohnraubforderungen bis zu 25 Prozent angemeldet.

Strategisch betrachtet, erstreckt man, daß der Kapitalist, obwohl er eine Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitnehmerorganisationen eingeht, nicht nach dem Vertrage handelt, sondern er sich nur vom Klassenstandpunkt leiten läßt. Einige Beispiele sollen zeigen, daß in bestimmten Fällen der Unternehmer auf den Vertrag pfeift. Auf der Heinrichsgrube, Carsten-Zentrum-Grube, Hohenzollerngrube u. a. sind Arbeiter mit Häuerarbeit beschäftigt und erhalten 5 bis 7 Jahre nur deswegen den Lehrhändlerlohn, weil sie die Prüfung als Häuer nicht gemacht haben. Alle diese Häuer arbeiten schon länger als 1 Jahr ordnungsgemäß vor Ort. Im Tarifvertrag steht es aber: „Wer als Lehrhändler mindestens 1 Jahr ordnungsgemäß im Beringe vor Ort gearbeitet hat, wird zum Häuer ernannt. Unterbrechung der Lehrhändlerzeit durch vorübergehende Schichtlohnbeschäftigung bis zur Gesamtdauer von einem Monat werden in die einjährige Lehrhändlerzeit eingerechnet.“

Nicht nur, daß diese Arbeiter im Lohne um 0,70 bis 1,50 Mark täglich geschädigt werden, ist das auch bei der Deputatslohn um 20 Zentner und beim Karbid der Fall.

Fast auf sämtlichen Becken in Oberschlesien beträgt die Arbeitszeit mit Ein- und Ausfahrt nicht mehr acht Stunden, sondern mindestens 8¼ bis 8½ Stunden. Um noch größere Profite herauszuschinden, zehrt man jetzt dazu über, indem man während den Feiertagen einige produktive Arbeiter zur Arbeit bestellt, um Kohle zu machen, und die geförderte Kohle an der nächsten Schicht zutage fördern läßt. Durch letztere Raffinesse spart der Unternehmer die Löhne der Wagenführer, Förderleute, Maschinisten u. a. Arbeitern. (Falls der Leser dies nicht glaubt, so wird er gut tun, sich vorerst auf Hohenzollerngrube, Carsten-Zentrum-Grube und Concordiagrube zu erkundigen.)

Dieser Lohnraub und die Verlängerung der Arbeitszeit mit einer raffinierten Rationalisierung vollzieht sich ungehindert unter den Augen der Arbeitsgemeinschaften-Gewerkschaften. Fast auf allen diesen Becken sind ihre Betriebsräte, die sogar die Bestrebungen der Grubenbarone unterstützen. Diese Betriebsräte weigern sich sogar, eine Belegschaftsversammlung einmal in zwei Monaten zu machen, um sich nicht vor den Arbeitern zu verantworten. Am besten verstehen es die Reformisten und Christen auf der Hohenzollerngrube (Bislap, Maron, Mosler). Diese Freigeistlichen schwindeln sich damit aus, indem sie erklären:

„Sie sind nur deswegen freigestellt, weil sie in der Arbeitsgemeinschaft organisiert sind; eine Belegschaftsversammlung zu machen oder Beschwerden entgegennehmen können sie nicht, weil sie nicht das Vertrauen der Arbeiter haben.“

Anderer ist es aber bei den Betriebsräten der Reformisten und Christen der „Breunhaag“. Auf den Berginspektionen II (Betriebsräte Biecha, Trella, Budel) und III (Christl, Gaida) schreiben die Bergräte Schubert und Baumann sogar die Betriebsrats- und Ausschusssitzungen vor. Dieses Privileg haben die Arbeitsgerichte dem Arbeitgeber zugestimmt, um die Arbeiter besser entzuehen und knebeln zu können.

In Anbetracht der verschiedenen Mißstände auf den einzelnen Anlagen muß es jetzt um so mehr die Aufgabe der roten Betriebsräte sein, die Bergarbeiter zum Kampfe zu mobilisieren. Die bezirklichen Kampforganisationen, die vom vorbereitenden Kampfaustritt am 31. Mai gefaßt wurden, müssen jetzt sehr gut unter der Belegschaft popularisiert werden. Mehr aber noch wie diese müssen die roten Betriebsräte mit Unterstützung der Kampfaustritts- und Vertrauensleute mehrere betriebliche Forderungen, die die Bergarbeiter offensichtlich stark interessieren, aufstellen, und die Belegschaften auffordern, dafür den Kampf zu führen.

Bei guter Vorbereitung und Popularisierung dieser betrieblichen Forderungen wird das Interesse der Arbeiter bedeutend gewedt. Wenn dann noch das letzte Mitglied des „Einheitsverbandes der Berg-

arbeiter“ mithilft, so kann sehr leicht solch ein Betrieb kreier gemacht werden.

Der 1. rote Verbandstag des EWV. hat die Lösung für alle Betriebe herausgegeben:

„Streik der Bergarbeiter auf der ganzen Linie.“

Diese Lösung bedeutet aber nicht nur für die ganzen Bezirke, nicht eher Streik, bis das Signal von oben kommt, sondern Streik schon dann, wenn die Arbeiter diesen wollen und auch darauf vorbereitet sind. Der Generalstreik wird und kann sich nicht dann entwickeln, wenn das Kommando von oben kommt, sondern er wird sich aus den bezirklichen Massenstreiks konstruieren, wobei die Solidaritätsaktionen für eigene Forderungen in jedem Betriebe eine sehr große Rolle spielen werden. Daraus folgt für jede Schichtgruppe die Lehre, nicht am Schwanz zu marschieren, sondern immer vorzuehen, die Spitze zu erreichen. Wir sind jetzt in einer Zeit, wo kleine Streiks überall ausgehen, die manchmal nach kurzer Zeit fast erlöschen. Ein glühender Funke bleibt aber immer zurück, flackert auf, und kann in einem kurzen Zeitraum den großen entscheidenden Kampf entfachen.

Schon die jetzigen Notverordnungen bedrücken die Arbeiterschaft sehr schwer, dazu greifen die Unternehmer dauernd in kleineren Abschnitten an, so daß die Arbeiterschaft gezwungenweise sich zur Wehr setzen muß. Die Arbeitsgemeinschaftler (Streikbrechergewerkschaften) werden versuchen, durch Versprechungen in Form sogenannter Reformen die Proleten zu besänftigen und einzuschläfern. Sorgen wir dafür, daß es diesen Verrätern diesmal nicht gelingt. Viele ehrliche Proleten, die noch bei diesen Streikbrechergewerkschaften organisiert

sind und zum Teil im Januar mit uns gekämpft haben, gibt es ja Überzeugen, daß sie in unsere Reihen gehören.

Die Konferenz am 28. Juni

aller Betriebsräte, aller Organisationen mit den Kampfaustrittsgruppen von sämtlichen Schichtanlagen muß der Auftakt sein für den Kampf gegen Klasse, Beschloßter gegen den Großbesitzer, Proleten gegen die Kapitalisten, Ausgebeutete gegen Ausbeuter. In den Belegschaftsversammlungen müssen alle gewählten Betriebs- und Arbeiterräte verpflichtet werden, zu der Konferenz zu erscheinen und Klipp und Klar zu erklären, daß sie für den Kampf der Arbeiter, gegen die Ausbeuter sind, daß sie gewillt sind, zu kämpfen, wenn auch nur einen Pfennig die Unternehmer vom Lohn abbauen wollen. Ein Ausweichen vor dieser Frage darf es nicht geben!

IAJ-Stoßbrigaden marschieren auch in OG.

Vom 14. Juni bis 14. Juli führt die Internationale Arbeiterhilfe ihre Werbelampagne durch. Der Solidaritätstag war der Anfang schon werden die ersten Resultate gemeldet. Das Mitglied J. Duschka Gletowik, warb

10 neue Mitglieder

und erhielt die Stoßbrigaden-Plakette überreicht.

Weitere 26 Mitglieder haben sich aus Oberschlesien als Stoßbrigadisten gemeldet. Die kommenden Wirtschaftskämpfe werden die IAJ. noch mehr in den Vordergrund stellen, deshalb müssen in allen Orten Verbindungs-Oberte geschaffen werden, um jede Aktion auf einer großen Basis zu führen. Schafft diese Voraussetzungen. Alle Arbeiter im Sinne 10 Jahre IAJ. In jeder Ortsgruppe müssen Stoßbrigaden geschaffen werden.

SPD. auch gegen Auto-Luxussteuer

Stadtverordnetenversammlung in Neustadt

Neustadt. Die letzte Stadtverordnetenversammlung gab uns wieder ein Bild von den verkehrten Sparmaßnahmen der hiesigen Kommune und der arbeitereindlichen Politik der gegnerischen Fraktionen. Zum Ausdruck kam das gleich unter Punkt 2 der Tagesordnung, wo man beschloß, dem in der Kommune 13 Jahre beschäftigten Steuerboten Besche, nachdem er entlassen worden ist, mit einer lächerlichen Unterstützung von wöchentlich 3,60 Mark abzufinden, welche aber jederzeit zurückgezogen werden kann. Dieser Antrag wurde angenommen und von den übrigen Fraktionen unterstützt. Die kommunistische Fraktion stellte den Antrag, ihm eine zum Leben ausreichende Pension zu geben. Der Bürgermeister erklärte diesen Antrag für gesetzlich unzulässig. Dasselbe konnte man bei Punkt 4 und 8 der Tagesordnung feststellen. Während man im Haushaltungsplan der evangelischen Volksschule Streichungen vornimmt, indem man aus Sparmaßnahmerückfichten eine Lehrerin abbaut, welche zur Ausbildung der minderbemittelten Kinder sehr notwendig ist, hat man für die Ausbildung der Bessergestellten so viel Geld übrig, daß man einen jährlichen Zuschuß von 2000 Mark für das Oberlyzeum bewilligen kann. An Hand dieser Tatsachen kann man ersehen, daß man für die unteren Angestellten und für die Minderbemittelten nichts übrig hat, während man auf der anderen Seite Pensionen und Zuschüsse gibt, die an Korruption grenzen. Hätte man für das Oberlyzeum Arbeiterwohnungen gebaut, dann wäre die Wohnungsnot gelindert.

Über den Punkt: Erhöhung der Hundesteuer, kam es zu einer lebhaften Debatte, so daß man sich im Geiste zwischen einer Hundesteuer fühlte. Kam es doch den Stadtverordneten Spritulla und Weiß (SPD.) sehr darauf an, die Eigenschaften des Hundes zur Bekämpfung der Bettler (der Vermissten der Armen) sowie zur Unterstützung des Polizeiparates hervorzuheben. (Sie sind anscheinend noch nicht auf den Hund gekommen!) Der Zentrumsmann Proste hielt die Erhöhung der Hundesteuer auf hundert Mark für angemessen.

Die kommunistische Fraktion stimmte gegen die Erhöhung der Hundesteuer und stellte den Antrag, die Luxus-Autosteuer zu erhöhen, ausschließlich der Autos, welche zu gewerblichen Zwecken verwendet werden.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen des Antragstellers abgelehnt. Man hätte doch durch die Annahme dieses Antrages aus der Klasse der Besitzenden etwas herausholen können, daher diese ablehnende Stellung.

Über den Punkt, Zustimmung einer „Ehrung“, wurde wahrscheinlich in geheimer Sitzung verhandelt. Es galt doch in diesem

Punkte, den „Erzpriester“ Hübnert, der 26 Jahre in Neustadt ein Leben in Schönheit und „Würden“ geführt hat, dagegen aber nichts Positives für die Stadt geleistet hat, zum „Ehrenbürger der Stadt“ zu ernennen, und ihm einen „Ehrenbrief“ zu überreichen, der über hundert Mark kostet und der Stadt nur unnötige Kosten verursacht.

Hier steht ihr wieder die arbeitereindliche Politik. Darum, Arbeiter, Frauen und Gewerbetreibende, besucht die Tribünen der Parlamente und seht, wie die von euch gewählten Vertreter arbeiten! Gebt ihnen die Quittung, indem ihr eintretet in die kommunistische Partei und die anderen revolutionären Organisationen. Kämpft mit uns für ein Sowjetdeutschland! Lest die „Neue Zeitung“!

Hindenburg

Mieterversammlung

am Freitag, dem 19. Juni, 19 Uhr, im Vereinshaus, Zabrze. Die wertvollen Mieter der künftigen Wohnungen müssen reiflos zu dieser Versammlung erscheinen. Es gilt erneut gegen den Mietwucher Protest zu erheben.

Beuthen

Kombinierte Mitgliederversammlung

Am Donnerstag, dem 18. Juni, 19 Uhr, findet im Lokal Buchholt eine kombinierte Mitgliederversammlung statt. Erscheinen ist revolutionäre Pflicht. Ortsetzung der SPD.

Ratibor

SPD-Mann betrügt Arbeitskollegen

Bei der Expeditionsfirma Piontel arbeitet der Sozialdemokrat Otto Jochko. Er ist ein strammer Reichsjammermann. Er will zwar ein guter Arbeitskollege sein, betrügt aber seine Arbeitskollegen nach Streich und Faden. Wenn die Arbeiter einen Möbelwagen ausladen, bekommen sie von dem Betreffenden, für den sie die Arbeit machen, Trinkgeld. Dieser Jochko stellt sich da sofort ein, nimmt ihnen das Geld ab, behält sich davon den größten Teil, einen ganz kleinen Teil gibt er dann den Arbeitern. Wenn aber trotzdem ein Arbeiter darauf besteht, daß das Trinkgeld ihm gehöre, so fragt er nur: „Seid ihr im Verbannde?“, oder aber er geht schon soweit, daß er die Arbeiter mit Prügel bedroht. Seinen Gefinnungsgenossen, die dort Ausschilfe machen denen gibt er dann das Trinkgeld.

Großkau

Eine Nazileuchte

Falkenau. Der 34 Jahre alte Tischler Rudolf Mechner, jetzt 12 Jahre in der Maschinenfabrik Joh. Wolf beschäftigt, wurde am 15. Dezember 1930 plötzlich geisteskrank und mußte am selben Tage von der Arbeitsstelle nach der Heilanstalt Branitz übergeführt werden. Mechner erhielt ungefähr 25 Mark Lohn einschließlich Ueberstunden. Seine Familie, Frau und zwei Kinder, erhält jetzt wöchentlich 8,40 Mark Hausgeld und 4 Mark wöchentlich Unterstützung von der Gemeinde. Wegen Mietrückstandes (monatlich 10 Mark) ist die Werkwohnung vom Besitzer gekündigt. Weil dem Besitzer nicht alles nach Wunsch geht, schikaniert er die Frau und stilliert sie mit Sauhund faule Mähre, einfältiges Gesicht u. dgl.

Der Besitzer Joh. Wolf ist Nazi, Antreiber ersten Ranges und betrachtet die Frauen als Freiwild. Nach echter Einstellung zum positiven Christentum kriert er in der Kirche vor dem „Muttergottesbild“ mit gefalteten Händen und himmelwärts gerichteten Augen. Eine Einfallung des Tarifes kommt bei ihm gar nicht in Frage, und glaubt das um so mehr tun zu können, da niemand organisiert ist.

Die Nazis suchen gerade jetzt, nachdem sie schon überall aus den Städten vertrieben werden, ihre Propaganda auf dem Dorf anzubringen. Vorhergehende Schilderung muß aber schon den im Dorfe wohnenden Arbeitern einen Anschauungsunterricht geben, wie ernt es die Nazis mit der „Befreiung des Volkes“ nehmen. Die Arbeiter werden vom jüdischen wie vom arischen Unternehmer ausgebeutet; ihr Platz kann daher nur in der kommunistischen Partei sein, mit der sie das Befreiungswort selbst durchzuführen müssen.

Kommunisten fordern Hilfsmaßnahmen

für die Geschädigten der Hochwasserkatastrophe im Landkreis Leobschütz

Urantrag

der Genossen Schwent, Casper, Wojtkowski, Zendrosch, Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion:

Am Mittwoch, dem 20. Mai, verurachte ein Wollendruck in den ober-schlesischen Gemeinden Sauerwitz, Bladen, Badewitz, Soppau, Moder, Gölning und Löwitz eine ungeheuer große Hochwasserkatastrophe, die durch den stundenlangen wolkendruchartigen Regen träge Sachschäden an Gebäuden und Ackerland verursachte.

Ungefähr vor zwei Jahren wurden die Gemeinden an den Klüssen Zinna, Troja und Straduna durch Hochwasser stark geschädigt und bei der Abfindung mit niedrigen Abfindungssummen abgespeist. Die Abschätzungskommission, die sich ungefähr drei Wochen in Arbeitsaufnahme befand, stellte nicht die Gewähr, daß diesen verarmten Schichten in etwas den Schaden ersetzt erhalten.

Die Bewohner der obengenannten Gemeinden sowie die Eigentümer befinden sich durch die sich immer wiederholende Katastrophe in ungeheurer Not und bedürfen der dringenden Hilfe.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Sofortige Hilfsmaßnahmen für die Bewohner der Gemeinden einzuleiten.

a) Durch den Erlaß aller fälligen und rückständigen Steuern des Reiches und der Provinz für die durch das Unwetter geschädigten Kleinbauern, Pächter, Gewerbetreibende und Landarbeiter.

b) Durch die Uebernahme aller fälligen und rückständigen Pachtzahlungen der durch das Unwetter geschädigten Pächter und Siebler und volle Ersetzung des Erntertrages, der durch das Unwetter vernichtet wurde.

c) Durch die sofortige Gewährung von nicht rückzahlbaren Beihilfen für Gebäude und Sachschäden, an durch das Unwetter geschädigte Kleinbauern, Gewerbetreibenden und sonstigen verarmten Bewohnern des Unwettergebietes.

2. Sofortige Nachprüfung der schon abgeschätzten Schäden unter Kontrolle einer von den Geschädigten selbst gewählten Kommission.

3. Sofortige Bereitstellung von Mitteln aus der Öffentliche, zum sofortigen Beginn der Regulatorarbeiten der Troja, Zinna und Straduna.

a) Herstellung eines Damms.

b) Für die Schaffung von Staubecken in den obengenannten Klüssen.

c) Für den Bau für Brücken, zur Herstellung der Verbindung in dem Ueberflutungsgebiet.

Klassengenosse u. -genossin! Hast du schon eine Plakette zum Arbeiter-Kultur- u. -Sporttag?

Waldenburger Bergland

Die Kriegs- und Arbeitsopfer tagten in Waldenburg

Am 6. und 7. Juni 1931 fand der Goutag des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit u. a. Schlefien in Waldenburg in der „Stadtbrauerei“ statt. 88 Delegierte, Vertreter der kommunistischen Partei, der Roten Hilfe, der J.A.D. sowie Vertreter der Gauleitung Sachsen nahmen daran teil.

Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Gauleiter Genossen Seiden sprach Genosse Ulrich Breslau von der Begrüßung der SPD-Schlefien. Er begrüßte den Goutag, hob den Ernst der gegenwärtigen Situation hervor, den ungeheuren Ausplünderungs-selbstzug der herrschenden Klasse gegenüber dem Proletariat und be-tonte, daß besonders die Kriegs- und Arbeitsopfer mehr als bisher gemeinsam mit der revolutionären Arbeiterschaft, mit der kommu-nistischen Partei gegen die Notverordnungen und für ihre berechtigten Forderungen kämpfen müssen.

Dem Geschäftsbericht, den Genosse Seiden gab, entnehmen wir, daß die Organisation in Schlefien

seit dem letzten Goutage 25 neue Ortsgruppen (schaffen konnte und die Mitgliederzahl verdoppelte.

Der Kampf gegen die Abbaumaßnahmen gegenüber den Kriegs- und Arbeitsopfern wurde geführt. Seitens der Gauleitung wurden in der Berichtszeit 98 öffentliche Versammlungen abgehalten. In sehr vielen Versammlungen wurden Protestentscheidungen an-genommen und an das Reichsarbeitsministerium gesandt. Auch wurden zwei Flugblätter in hoher Auflage über das ganze Gauegebiet verteilt. Auch gegen die drohende Gefahr des imperialistischen Krieges, der sich nur gegen die Sowjetunion richtet, ist in einer Reihe von Versammlungen Anfang August vorigen Jahres Stellung genommen worden. Fast alle Ortsgruppen haben sich an der Antikriegskampagne beteiligt.

Am 2. Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Schnellbacher vom Bundesvorstand das Hauptreferat: „Die politische Situation, Rentenraub, Antikriegsaktion und die Aufgaben des Internationalen Bundes.“ Genosse Schnellbacher behandelte die Weltwirtschaftskrise, Maßnahmen zur Abwehr, Hungererlöse, Massenfeuern, Raub der Erwerbs-losenunterstützung, rigoroser Abbau der Renten für Kriegsopfer, In-validen, Unfallverletzte, Abbau der öffentlichen Fürsorge. Zu gleicher Zeit Millionenengenteile aus dem Reichsteuerschmelz an die Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Gegen diesen Hungertod kämpft nur der In-ternationale Bund und die kommunistische Partei, während die Vertreter der übrigen Kriegs- und Arbeitsopfer-Organis-ationen, die Herren von den Nazis angefangen bis zu den Sozial-demokraten im Reichstage allen Verschlechterungen zugestimmt und der Regierung Brüning das Vertrauen ausgesprochen haben. Ins-sondere die Herren Rogmann, Gerlach usw. vom „Reichs-band“ und Karsten usw. vom „Zentralverband der Arbeitslosen-liden“. Während in Deutschland und allen kapitalistischen Ländern Hunger, Elend und Terror herrscht, baut die Sowjetunion auf einem Festland der Erde den Sozialismus auf. Zwei Weltsysteme, die sich wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. Aus diesem Gegensatz resultiert die Gefahr des imperialistischen Krieges gegen Sowjetrußland, das Vaterland aller Ausgebühten und Unterdrückten. Auf Grund dieser Situation erwacht gerade für die Kriegs- und Arbeitsopfer die große Aufgabe, für den Schutz der Sowjetunion einzutreten. Aus allem ergeben sich die Aufgaben für unsere Organisation, mit verdoppelten Kräften für den Internationalen Bund zu werben und in Gemein-schaft mit der kommunistischen Partei, der Führerin des revolution-ären Proletariats, durch Volkaktion für Arbeit, Freiheit und Brot, für ein sozialistisches Deutschland zu kämpfen.

Nach diesem beifällig aufgenommenen Vortrag wurde in dem Sinne des Referats eine längere Entschließung einstimmig an-genommen; desgleichen auch einstimmig eine Protestresolution gegen den am 31. Mai in Breslau stattgefundenen Stahlhelmtag. Ferner wurde eine längere Aussprache geführt über Verbesserungen in der Organisation und Organisation, für den Ausbau unserer Organisation in Schlefien. Der Sitz der Gauleitung wird im Juli nach Breslau verlegt.

Nachdem noch der Gauvorstand, Kontrollkommission, Bundes-beratsmitglied gewählt und eine Anzahl Anträge behandelt wurden, wurde der Goutag mit dem Gesang der „Internationale“ geschlossen.

Langwaltersdorf

Auch hier die SPD als Lakai des Hungerkanzlers

Die am 13. d. M. tagende Gemeindevorstandssitzung hat glänzend bewiesen, daß bis hinunter in die kleinsten Gemeindevorstellungen die Sozialdemokraten sich schüßend vor Brüning stellen. Als die Abstimmung über die hiesige Regenersteuer konstatien-ging, siehe da war eine ins Gewicht fallende Stimme der Sozialdemokraten verschwunden und die Einfüh-rung der Regenersteuer erlangte die Mehrheit der Vertreter. Ging und allein der Vertreter der Vertätigten, der kommunistische Gemeindevorsteher, nahm gegen die Einführung scharf Stellung. In einem in den nächsten Tagen erscheinenden Flugblatt werden wir der Langwaltersdorfer Arbeiterschaft die Taten der sozial-demokratischen Gemeindevorsteher näher beleuchten. In einer öffent-lichen Versammlung werden wir den Beratern an der Arbeiterschaft Gelegenheit geben, ihre Berräterei vor der Arbeiterschaft zu verant-worten.

Todessturz eines Motorradfahrers in Nieder-Salzbrenn

Am Sonntagvormittag stieß auf der Fürstentener Straße in Nieder-Salzbrenn vor dem Hofhof „Zum Fürstengrund“ ein von Breslau kommender Personentraktor mit einem Motorrad zu-sammen. Während der Soziusfahrer unverletzt blieb, erlitt der Motor-radfahrer, der 25jährige ledige arbeitslose Grundbesitzer Fritz, einen Schädelbruch, an dem er wenige Stunden nach seiner Aufnahme ins Knappschafts-Lazarett starb.

Freiburg

Einheitsfront zwischen Erwerbslosen und Betriebsarbeitern hergestellt

(Erwerbslosenkorrespondenz)

Am Mittwoch vergangener Woche hatte der Erwerbslosenrat die Erwerbslosen von Freiburg, Waldau und Jirten zu drei Ver-sammlungen angesetzt. In allen Versammlungen wurde gegen die neue Hungerverordnung Stellung genommen. Anschließend wurde eine Demonstration durch Freiburg mit anschließender Kundgebung auf dem Ring durchgeführt.

Der imposante Verlauf der von gutem Kampfsinn getragenen Demonstration und Kundgebung bewies den Spielern, daß die Schuld der Erwerbslosen nun zu Ende ist. Die Sturmzeichen im Westen Deutschlands werden auch von den schlesischen Erwerbslosen beachtet. Die Freiburger Arbeiterschaft reagiert gleich hinter der

Zahl der Langenbieleauer Erwerbslosen und liegt mit 44 Unter-stützen auf 1000 Einwohner über dem Reichsdurchschnitt, welcher 28 auf Tausend beträgt.

Das charakteristische der Versammlungen sowie der Demonstration und Kundgebung war die überaus zahlreiche Beteiligung der Be-triebsarbeiter.

Auf, in die Versammlung!

Am Donnerstag um 17.30 Uhr spricht im Freiburger Gesell-schaftshaus Genosse Krautwald. Derselbe war in der A.S.D.A. organisiert, SA-Mann im Sturm 42, Rauban. Thema: „Kann die A.S.D.A. den kranken Kapitalismus heilen?“ Ein jeder Arbeiter erschein. Die A.S.D.A. ist schriftlich eingeladen.

Jauer

Ein nobler Hauswirt

Wir haben vor kurzem eine Notiz über den Wirt Fritz Maute I gebracht, der sich beim Stahlhelmaufmarsch so außerordentlich schwarz-weiß-rot benommen hat. Das hat den Herrn sehr getränkt, und er beehrte uns mit einer Zuschrift, in der er sich gegen die erhobenen Vorwürfe verwahrt, die wir unserem Gewährsmann übermittelten. Nun wird uns mitgeteilt, daß er sich zu unrecht als Unschuldslamm aufspielt. Unser Genosse schreibt dann weiter über diesen „Betränkten“:

Als in sein Haus so verschiedene Mieter einzogen, schraubte er die Miete gleich um einen ganz beträchtlichen Prozentsatz in die Höhe. Dies hatten sich die Mieter eine Zeit lang gefallen lassen, bis sie sich beim Wohnungsamt erkundigten. Da mußte „Er“ die Miete wieder heruntersetzen. In seiner Wut ging er dann soweit, daß „Er“ sogar das Hinausgehen zum Flursenker den Mietern verbot. Also nicht so aufgebracht, Herr Mantel. Es gibt doch noch mehr solche „Front-geil“-Schreier in dem Viertel, die bei jeder Gelegenheit schreien, sie hätten kein Geld; aber wenn der Papphelm durch die Straßen zieht, werfen sie ganze Körbe voll Blumen zum Fenster hinunter. Für diesmal wollen wir es dabei bewenden lassen und Herrn Mantel raten, nicht die getränkte Leberwurst zu markieren, da ihm das sehr schlecht zu Gesicht steht.

Niederschlesien

Eine ganze Familie vom Geldsack gemordet

Ein Vater vergiftet sich und seine drei Kinder!

Görlitz. Durch die ganze Presse läuft wieder einmal die folgende Meldung über eine jener Tragödien, die wie ein Blitzlicht den Wahr-sinn der sogenannten „göttlichen Weltordnung“ beleuchten:

Der 33jährige stellunglose Arbeiter Menzel verübte in der Nacht zum Sonntag gemeinsam mit seinen drei Kindern im Alter von 5, 7 und 9 Jahren durch Öffnen des Gashahnes Selbstmord. Die Ehefrau des Menzel war am Sonnabend zu Verwandten auf das Land gefahren.

Sechs Zeilen, pro Mensch einundneunzig Zeile, so steht es in den Zeitungen. Morgen kommt von wo anders her eine ähnliche Meldung, und so wird registriert, wie vorzüglich doch der Hunger seine Schuldbiligkeit tut, um die dem nimmermehr Profit im Wege Stehen-den hinwegzuschaffen. Man versucht oft nicht einmal mehr die Ursachen solcher Tragödien des näheren zu erforschen, man kennt sie längst und weiß, daß die Not im Hintergrunde steht, und deshalb ist es schon besser, man verschweigt die Ursachen. Und in diesem Falle hat man besonderen Grund, die Ursachen nicht erst zu erforschen, denn dann würde man feststellen müssen, daß hier wieder mal einer jener brutalen Morde vorliegt, für die es kaum noch ein Wort der Brand-marung gibt.

Wir stehen inmitten der herrlichen Sommerzeit. Nimmt man ein bürgerliches Blatt zur Hand, da findet man ganze Seiten von An-zeigen, die in die herrlichsten Gegenden des Weltalls laden. Die laule Kunst der Geldsäcke ist eifrig daran, die Fahrpläne zu studieren, um den Zug zu ermitteln, der sie in diesem Jahre des Hungers in die Sommerfrische führen soll. Der Arbeiter Menzel hat das nicht mehr nötig. Er und seine Kinder brauchen keine Sommerfrische mehr.

Warum ging er mit seinen Kindern in den Tod? Er ist erwerbs-loß. Er bezieht die larme Unterstützung, die seine Kinder nicht satt werden läßt. Er will sie nicht hungern lassen. Und was tut er da? Er laßt nicht auf die Börse gehen und spekulieren, er darf auch nicht, wie die Vorfahren jener Schichten, die am meisten schuld sind an dem Hunger von ihm, sich auf die Straße begeben und einfach jemand be-tauben, das ist heute nur noch auf „gefählichem“ Wege erlaubt. Da geht er hin und verschafft sich etwas Neben-, verdienst, um die Hunger-unterstützung zu verbessern. Jrgendeiner meldet das an die Behörde, und dieselbe Behörde, die heide Augen zumacht, wenn große Gauner das Volk um Tausende betrügen, die hat es in diesem Falle sehr eilig, und es erfolgt die „Bestrafung“ in Form von Entziehung der Unterstützung.

Das verbittert ihn, und er geht hin, und der Gashahn mach! seinem Leben und dem seiner drei Kinder ein Ende. Er hatte ver-jucht, das Verhungern, zu dem er durch die larme Unterstützung jomieso verurteilt war, zu unterbrechen, und deshalb wurde er „bestraft“. Er zog daher die Konsequenz aus dieser Strafe und beendete den Hunger-prozess für sich und seine drei Kinder. Nun steht er dem Profit nicht mehr im Wege. Ein Fall mehr, wie er nun schon seit Monaten immer wieder sich ereignet. Das Wohlfahrtsamt oder die Behörde, die jene Strafe verhängt hat, hat keinen Mord begangen. Sie hat sogar in trauer Mitleidenschaft gehandelt. Sie achtet gegenüber dem Pro-leten auf die Einhaltung solcher Paragraphen, die als Stricke für die Proleten geschaffen sind. Mag es auch Genferarbeit sein, was ver-schlägt es, es ist noch von den überflüssigen 20 Millionen ein großer Teil hinüberzubefördern, deshalb gilt es darauf zu achten, daß der noch vorhandene Teil verschwindet.

Aber wir sagen nichtsdestoweniger: So begreiflich diese Tragödie sein mag, und so sehr wir es verstehen, daß dieser Arbeiter zum Gas-hahn griff, kein Weg war falsch!

Nicht Mitleidigkeit, nicht Flucht in den Tod ist der Ausweg — sondern geschlossener Kampf mit der kommunistischen Partei. Ein-leitung aller Kräfte für das Arbeitsbeschaffungsprogramm der A.P.D. Entfaltung der Kampfader für den Sozialismus, das ist der Weg, den das Proletariat gehen muß! Darum heran zu uns, die wir um-pflügen das alte Feld und uns bauen eine neue sozialistische Welt!

Stieg.

Sind renn ins Auto

An der Straßenecke nach, und Königgräber Straße lief der fünfjährige Sohn des Mannes quer über den Fahr-

Bolkowheim

Die Straffjustiz im Wohlfahrtsamt

Ein Akt gemeinster Brutalität leistete sich der hiesige Kreisaußschuß in seiner Sitzung vom 15. Mai, der jetzt seine praktische Bewirkung erhalten hat. Anfang Mai wurden einige Wohlfahrts-empfangler in den Einliefererort vermittelt. Der Lohn betrug pro Kopf und Woche 8 bis 12 Mark. Die Vermittelten meigten sich, zu diesen Hungerlöhnen zu arbeiten. Einige jedoch durch-brachen die gemeinsame Kampffront und meldeten sich zur Arbeit an an n a h m e, doch wurden sie nicht eingestellt, erhielten darüber ein-schneidend Bescheid und legten sie dem Wohlfahrtsamt vor

Trotz dieser schriftlichen Bekundigung beschloß der Kreisauß-schuß in obengenannter Sitzung, diesen Wohlfahrtsempfang-ern die Unterstützung zu sperren. Einräumig, also auch mit den Stimmen der beiden im Kreisaußschuß sitzenden Sozialdemokraten, wurde dieser Beschluß gefaßt. Der eifrigste Vertreter dafür, der SPD-Wohlfahrtsbeauftragte Selzer, veranlaßte, daß gerade am Pfingstsonnabend die mit jeder Strafe Belegten nicht erhalten sollten.

Trotzdem sich also die Arbeitslosen in ihrer Verblendung und Unausgeklärtheit bereitfinden, für die Hungerpfennige zu arbeiten, Streikbrecherarbeit zu leisten, werden sie vom Bezug der Unterstützung ausgeschlossen. Der Mohr hat seine Schuldbiligkeit getan — der Mohr kann gehen. Diese Opfer der kapitalistischen Mikrowirtschaft und der sozialfaschistischen Bürokratie aber erkennen jetzt, in welche Front sie sich einzureihen haben, um Arbeit, Brot und Freiheit zu erkämpfen. Nur dem sofortigen Eingreifen des Genossen Hiller war es zu ver-danken, daß die Betroffenen doch noch am Pfingstsonnabend ihre Unterstützung erhielten. Doch an dem Raubplan wurde festgehalten.

Am Sonnabend, dem 6. Juni, erhielten nun die Bestraften die Mitteilung, daß ihnen mit sofortiger Wirkung alle Wochen zwei Tage ihrer schon ohnehin mangelhaften Unterstützung, also sechs Wochen lang die Unterstützung gestürzt würde.

Unser Genosse Hiller setzte sich daraufhin mit dem Landrat und dem Bürgermeister in Verbindung mit dem Erfolg, daß man einen sofortigen Abzug der Unterstützung nicht vornahm. Außerdem wurde den Bestraften das Beschwerde-recht zuerkannt.

Genosse Hiller legte bei dem Bezirksauschuß gegen den vom Kreisaußschuß gefaßten Beschluß Beschwerde ein.

Bunzlau

Zwei Menschen knapp dem Tode entgangen

Im „Stella-Wert“ überfuhr ein Motorradfahrer mit Soziusfahrer den Kleinbahnübergang in dem Augenblick, als ein Zug nahte. Beim scharfen Wobremsen stürzten die Fahrer, kamen aber mit leichten Haut-abschürfungen davon. Das Motorrad wurde von der Lokomotive er-faßt und mehrere Meter weit geschleift.

Sagan

Sechs Monate Gefängnis für einen ungetreuen Kassierer

Unter Zustimmung mildernder Umstände wurde vom Schöffengericht Sagan der südliche Angestellte Kurt St. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. St. war Kassierer bei der Städtischen Sparkasse in Sagan und hatte von den Konten eines Saganer Bädermeisters und eines Fleischermeisters Beträge von 6000 Mark bzw. 2000 Mark abgehoben und zugunsten seines Vaters, der sich in schwieriger Ge-schäftslage befand, verwendet. Durch diese Machenschaften hatte er die drohende Zwangsversteigerung des väterlichen Geschäfts verhindert.

Wir haben über den Fall feinerzeit berichtet, während die bürger-liche Presse ihn totzuschweigen suchte. Außerdem wurde zur Ver-schleierung des Falles der Ansehen erweckt, daß die Stadt keinen Schaden erleidet, weil ja der Vater für den Verlust aufkommt. Die Gerichtsverhandlung entrollte aber ein anderes Bild. Danach scheint der Verurteilte die Gelder im Auftrage seines Vaters unterschlagen zu haben. Wir haben gewiß weitgehendes Verständnis für die Not-lage des Mittelstandes, aber nichtsdestoweniger müssen wir schon sagen, daß ein solcher Weg von ihnen nicht gegangen werden darf. Wir werden daher auf den Fall noch einmal zurückkommen.

Ein Brot und ein halbes Pfund Margarine als Wochenunterstützung

Die Notverordnung und der Erlass des Innenministers, des „Neinen Metallarbeiters und Genossen“ Severing, welcher den Ge-meinden befehlt, sofort an den Wohlfahrtsausgaben zu sparen, zeitigt ungeheuerliche Folgen. Obwohl nach dem Richtsatz unseres Kreises der Unterstützungsbetrag für den Hauptunter-stützungsmpfänger 7 Mark pro Woche beträgt, handeln Für-sorgeauschuß der Gemeinde sowie der Gemeindebevorstand nach ihrem Guldanken. So billigte man einem Wohlfahrtsmpfänger unserer Gemeinde wohl kein Geld, aber dafür sage und schreibe die ganze Woche 1 Pfund Brot und ein halbes Pfund Margarine als Unter-stützung zu. Auf seine Beschwerde sah sich der Fürsorgeauschuß ge-nötigt, die rigorose Maßnahme dadurch zu revidieren, daß man ihm nun 1,05 Mark für weitere Lebensmittel bewilligte. Auf eine neue Beschwerde hin schenkte man der „Wohltätigkeit“ keine Grenzen und so erhielt nun der Betroffene den horrenden Betrag von 3 Mark.

Dieser Skandal ist bisher wohl fast unübertroffen. Soll durch derartige Maßnahmen etwa das Defizit durch den Beitrag an der Schließendorfer Darlehnskasse, wo doch auch nur die Kleinen betrogen wurden, gedeckt werden? Wenn man aber durch derartige Aus-wirkungen der Notverordnung die Arbeitslosen direkt auf die Bahn des Verderbens treibt, dann schreit man Jeter und Nordio in der Presse.

Nun, spannt den Bogen nicht so fest, auch wir Erwerbslosen haben die Sturmzeichen im Westen Deutschlands begriffen. Auch wir sind nicht länger gewillt, lang- und langlos zu verreden. Für alle Erwerbslosen heißt es aber jetzt: Organisation und Erweiterung der Kampffront. Hinzu in die Erwerbslosengruppen der Revolu-tionären Gewerkschaftsopposition.

Wieder 18 Todesurteile

Macdonalds Galgen in Indien

London, 15. Juni. Ein Sondergericht bestätigte gestern die fünfzehn Todesurteile, die vor einigen Tagen im Prozeß gegen burmesische Aufständische gefällt wurden. Drei auf lebenslängliches Zuchthaus lautende Urteile wurden in Todesurteile umgewandelt. (1) Neun Aufständische, die zur lebenslänglichen Deportation verurteilt worden waren, wurden freigesprochen. Der Gerichtshof hat die Berufung gegen die Todesurteile zurückgewiesen.

London, 15. Juni. Gefangene burmesische Aufständische, denen nächstens der Prozeß gemacht werden sollte, flohen aus dem Gefängnis von Mungahlebin. Sie führten eine Vollzeitsoldatenbeweise und 800 Patronenkränze. Unter den geflohenen Gefangenen befinden sich 14 Männer und eine Frau. Eine besonders ausgewählte Abteilung englischer Truppen wurde mit ihrer Verfolgung betraut.

Proteststreik gegen das Blutbad von Kossuth

Prag, 16. Juni. Mit dem Nahen des Prozesses gegen den Abgeordneten Major steigt die Verfolgung der Protestkampagne immer mehr. Der sozialdemokratische Justizminister Reichner unterdrückt in der Presse jede Erwähnung von Protesten gegen das Blutbad von Kossuth und läßt alle Aufrufe zum politischen Massenstreik am Tage des Prozesses beschlagnehmen. Selbst der Aufruf der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten des „Rube Bravo“ an die Arbeiterkorrespondenten des Auslandes wurde beschlagnahmt.

Alle Versammlungen werden in dem Augenblick aufgelöst, in dem das Blutbad von Kossuth erwähnt oder eine Protestresolution dagegen vorgelesen wird.

Dennoch greift die Protestbewegung um sich. In der Gläser Glasfabrik trat die ganze Belegschaft in den Demonstrationstreik. Aus vielen hundert Betrieben liegen Protestresolutionen vor. Bürgerliche Weltblätter, wie z. B. der „Manchester Guardian“ beabsichtigen die Entsendung von Berichterstattern zum Preßburger Prozeß.

Landarbeiterstreik in der Slowakei

Prag, 16. Juni. Nachdem sich die Lohnverhandlungen zwischen den Landarbeitern und den Unternehmern im Bezirk Levice (Slowakei) zerlegt haben, da die Unternehmer den Deputierten keine Lohnerhöhung zugestehen wollten, sind die Landarbeiter in den Streik getreten. Gleich am ersten Tage streikten 300 Arbeiter. Der Streik greift rasch um sich und man erwartet, daß die Arbeiterschaft des ganzen Bezirks, 3000 bis 4000 Landarbeiter, in den Streik treten wird.

Die Aufstandsbewegung in Hinterindien

London, 16. Juni. Die Erhöhung der Todesurteile gegen Aufständische von 15 auf 18 durch das Berufungsgericht hat der Aufstandsbewegung in Burma neuen Auftrieb gegeben. Der Aufstand verstärkte sich in den Gebieten von Sengaba, Prome, Kantabagi, Maubi und Tharawaddy. Die Bewegung trägt ausgesprochen antibritischen Charakter. Aus Prome, nördlich von Rangoon, wird gemeldet, daß 70 Rebellen eine Polizeistation, die mit ungefähr 30 Beamten besetzt war, angegriffen haben.

Französische Industrielle reisen nach Moskau

Paris, 16. Juni. In der vergangenen Nacht ist von hier eine französische Mission von Kaufleuten und Industriellen zu einer Studienreise nach Rußland abgegangen. Führer der Mission ist der Zeitungsdirektor Schreiber. Zweck der Reise ist, an Ort und Stelle die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland zu prüfen. Gegenwärtig finden bekanntlich in Paris französisch-russische Handelsvertragsverhandlungen statt, was dieser Reise ein besonderes Gewicht gibt.

Christliche Arbeiter, denkt nach!

Es heißt „Proteste“ — nämlich der christlichen Gewerkschaftsinstanzen gegen die Notverordnung der Brünnregierung. Es „protestieren“ sowohl der Vorstand des Christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes wie die Vorstände der einzelnen christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Arbeiter mögen aber einmal darüber nachdenken. Die große Mehrheit der christlichen Gewerkschaftsführer, die papierne Proteste gegen die Notverordnung unterzeichnen, sind gleichzeitig Führer und Abgeordnete in der Zentrumspartei. Und als solche haben sie ihre Zustimmung zu der neuen Notverordnung beschlossen, wenden sie sich gegen die Einberufung des Reichstages, erklären sie sich für rücksichtslose Durchführung der neuen Notverordnung.

Hat man je ein schamlozes Doppelspiel erlebt? Werden die christlichen Arbeiter jetzt erkennen, daß sie von der Gewerkschaftsbürokratie nur belogen und betrogen werden? Die Proteste der Gewerkschaftsinstanzen sollen nur den christlichen Arbeitern vortäuschen, daß etwas für sie getan wurde, um sie vom Kampfe gegen das Hungerlohn abzuhalten.

Christliche Arbeiter, die ihr, um eure Existenz zu verteidigen, gegen die Notverordnung kämpfen müßt, brecht mit der Gewerkschaftsbürokratie! Auch ihr müßt gegen den Lohnraub, gegen die unerträgliche Ausplünderung kämpfen! Schließt euch der KGD an und kämpft mit in der großen roten Einheitsfront!



Trage den „Roten Stern“ aufs Land!

Kriegszustand in Koubaig

Nächtlicher Polizeiangriff auf Arbeiterviertel — Spontane Protestkundgebungen

Paris, 16. Juni. Die Polizeiproprovokationen in den Arbeitervierteln von Koubaig dauern an. Gestern Abend rückte eine Menge vollbesetzter Polizeiwagen in die Straße Bongues-Sales, Hauptkauptplatz der Barrikadenkämpfe der letzten Tage. Mit entsetzten Revolvern stürmten die Polizisten heran. Sie besetzten auch alle Nebenstraßen. Auf die Einwohner wurde in brutaler Weise Jagd gemacht. Den Geschäftsleuten wurde befohlen, die Rolläden herunterzulassen. Die Gastwirtschaften wurden von der Polizei geräumt. Die Offiziere befahlen, auf jeden zu schießen, der sich auf den Dächern oder in den Haustüren sehen lasse.

Bestimmte Gendarmen durchschritt kühn die Straßen des Arbeiterviertels. Sobald in den belagerten Arbeiterstraßen sich Gruppen von Einwohnern bildeten, griff die Polizei sofort an. Auf den nächstgelegenen öffentlichen Plätzen hatten sich Hunderte von Arbeitern eingefunden und belundeten laut ihre Enttäuschung über diese unerhörte Provokation. Gegen Mitternacht wurden die Polizeikräfte noch weiter verstärkt. In einer kleinen Straße zählte man an 300 Polizisten. In den anderen Straßen waren in je 20 Meter Abstand Abteilungen von 15 bis 20 Polizisten aufgestellt. Es herrscht buchstäblich Kriegszustand.

Arbeiterwehren schlagen Polizei zurück

Der Riesenkampf in Norwegen — Torpedoboote und Minenleger gegen die Streikenden

TU. Kopenhagen, 15. Juni. Nach einem Telegramm aus Oslo hat die norwegische Regierung drei Kompanien Reserve einberufen, angeblich zum Schutze der Militärmagazine und Depots. Die Polizei in Fossgrund hat eine Warnung erlassen gegen neue kommunistische Kundgebungen. Die Arbeit in den Salpeterwerken von Norsk Hydro ist mit Streikbrechern am Sonnabend teilweise wieder aufgenommen worden. Darauf haben die Arbeiter für Montag den Generalstreik im Gebiet von Sien erklärt.

Ueber den Riesenkampf in Norwegen liegt noch die folgende Meldung vor:

Oslo, 15. Juni. (Zusatz.) In dem Norsk Hydrowerk in Menstad arbeiten 60 Streikbrecher während der augenblicklich im Lande vor sich gehenden Riesenausperrung. Gemäß dem Aufruf der KGD zur Demonstration gegen die Streikbrecher sammelten sich am 8. Juni in Fossgrund und Sien über 1000 Arbeiter. Zum Schutze der Streikbrecher waren über 200 Polizisten

mobilitiert, von denen 80 dazu kommandiert waren, dem Demonstrationzug den Weg nach Menstad zu versperren.

Mit einer Arbeiterwehr von 100 Mann an der Spitze schlug sich die Demonstration durch die Polizeiletten, eroberte die Wasserpumpen und Polizeiautos, demaskierte sie, zwang die Polizei, sich mit 20 ernst verwundeten innerhalb 7 Minuten zurückzuziehen und setzte dann unter triumphierender Mitführung von Polizeihelmen und Mützen auf den Fahnenrängen die Demonstration fort.

Die Regierung beschloß unter der Motivierung der Bewachung von Militärdépôts, 150 Mann Gardetruppen nach Menstad zu entsenden, die dort mit Maschinengewehren und Tränengasbomben in Bereitschaft stehen. Ein Plakat wurde angeschlagen, daß „im Falle der Notwendigkeit“ schar geschossen wird. Die Regierung hat außerdem zwei Torpedoboote und 2 Minenleger nach Fossgrund dirigiert.

Das Verbrechen des Paters Amaro

Copyright Neuer Deutscher Verlag Berlin W 8.

2. Fortsetzung

An der Wand stand ein breites Ruhebett aus Rohrgeflecht und gegenüber ein Tisch, der mit grünem Flanell bespannt war.

„Das ist Ihr Wohnzimmer, Herr Pfarrer“, sagte Senhora Joanneira, da- öffnete sie eine Tür: „Hier ist Ihr Schlafzimmer. Da haben Sie Ihre Kommode, Ihren Kleiderschrank.“ Sie zog die Schublade heraus, legte das Bett frei, um die Weichheit der Federkissen zu zeigen. — „Eine Glode, damit Sie läuten können, wenn Sie etwas brauchen. . . Hier ist das Kommodenschlüsselchen. . . Wenn Sie lieber ein höheres Pfühl möchten. . . jetzt haben Sie nur eine Wolldecke, aber, wenn Sie wollen.“

„Gut so. . . alles ist sehr gut so, Senhora!“ sagte der Pfarrer mit launiger, leiser Stimme.

„Bitte schön, was da ist, gebe ich gern. . .“

„Mein Gott!“ unterbrach der Domherr freundlich, „was er jetzt wünscht, wird das Abendessen sein!“

„Auch gut, das Abendessen ist schon bereit! Seit sechs Uhr steht die Suppe fertig zum Servieren!“

Und sie ging hinaus, um die Magd anzutreiben.

In der Mitte des Speisenzimmers, das mit dunkler Tapete bespannt war, wirkte der gedeckte Tisch heiter mit seinem weißen Tischtuch, dem Geschirr, den Gläsern, die im starken Lichte einer grünbeschirmten Lampe funkelten. Aus der Terrine stieg der duftige Dampf der Suppe. Auf der breiten Schüssel machte das kochende Huhn, von feuchtem, weißem Reis fast bedeckt und von einem Kranz guter Blutwurstscheiben umgeben, den lastigen Eindruck eines hochherrschäftlichen Gerichts. Der Pfarrer rieb sich erfreut die Hände.

„Hierher, Herr Pfarrer! Hierher!“ sagte Senhora Joanneira, „dort wird es zugig sein!“

Sie schloß die Fensterläden. Dann gab sie ihm einen Kasten mit Sand für die Zigarettenstummel.

„Und Hochwürden Domherr essen wohl ein Gläschen Gelee, ja?“

„Na ja! Um Ihnen Gesellschaft zu leisten!“ sagte der Domherr jovial, während er sich hinsetzte und die Serviette ausbreitete.

Unterdessen machte Senhora Joanneira sich im Zimmer zu schaffen. Sie bewunderte den Herrn Pfarrer, der den Kopf über den Teller beugte und schweigend seine Suppe aß, wobei er den Köpfel anblies. Sein Haar war ganz schwarz und leicht gelockt. Das Gesicht bildete ein Oval mit brünetter und feiner Haut. Die schwarzen großen Augen hatten lange Wimpern. Der Domherr, der ihn seit der Seminarzeit nicht mehr gesehen hatte, fand ihn stärker und männlicher:

„Damals waren Sie schwächling. . .“

„Die Gehirnschlucht tat mir gut.“

Dann erzählte er von seinem traurigen Dasein in Feitao, einer kleinen Pfarre im oberen Beita, wo er während harter Wintermonate nur mit Hirten zusammengehaut hatte. Der Domherr goß Amaros Glas voll Wein.

„Den müssen Sie trinken, Mann, den müssen Sie trinken! So einen Tropfen konnten Sie auf dem Seminar nicht bekommen!“

„Und wo ist die Kleine?“

Darauf klingelte die Glode unten stark. Die Tür knappte, man hörte Stimmen und Lachen.

„Bist du es, Amelia?“

Eine Stimme sagte: „Adieu! Adieu!“ Dann erschien ein schönes, junges Mädchen, das die Treppen fast laufend heraufstieg. Es war von hohem, starken Wuchs und trug um den Kopf ein weißes Tuch. In der Hand hielt es einen Rosmarinweig.

„Guten Abend, Mädchen! Hier ist der Herr Pfarrer. Er ist jetzt abends angekommen!“

Amelia war stehengeblieben, sie blickte ein wenig verlegen nach oben, wo der Pfarrer sich gegen das Treppengeländer lehnte. Sie atmete hastig von dem raschen Lauf. Ihre lebhaften schwarzen Augen leuchteten. Ein Hauch von frischer Luft und von besonnenen Feldern war um sie gebreitet.

Der Pfarrer stieg hinunter und drückte sich an das Geländer, um sie vorbeizulassen. Er murmelte mit gesenktem Kopfe: „Guten Abend!“

Der Domherr, der ihm schwer folgte, hielt auf halber Treppe vor Amelia:

„Es ist schon recht spät, du Schlingel!“

Sie lachte und lief weg.

„Na, geh' nur, gottbefohlen, geh'!“ Er strich ihr sacht mit seiner diden, polsterigen Hand über das Gesicht.

Amelia lag rasch nach oben.

Der Pfarrer schloß die Tür seines Zimmers. Die Wäsche des offenen Bettes war schneeweiß und duftete frischgewaschen. Ueber dem Kopfe hing eine alte Gravüre des gekrenigten Christos. Amaro öffnete sein Gebetbuch, kniete neben dem Bett nieder, bekreuzigte sich. Aber er war müde und gähnte. Dann hörte er aus dem Obergeschoß, hinein in die rituellen Gebete, die er mechanisch abließ, das Tiktak von Amelias Stiefeln und das Knistern ihrer gebügelten Röde.

Drittes Kapitel

Amaro Vieira wurde in Pissabon im Hause der Marquise d'Allegros geboren. Sein Vater war Diener des Marquis, die Mutter Zimmermädchen der Marquise und mit ihr sehr befreundet. Amaros Vater starb an einem Schlaganfall, und die Mutter, die immer ganz gesund gewesen war, erlag ein Jahr später einer Kehlkopfentzündung. Damals vollendete Amaro sein sechstes Lebensjahr. Er konnte sich an seine Mutter kaum erinnern. Frau eine alte Daguerrotypie, die er besaß, zeigte eine starke Frau mit geschlossenen Augenbrauen, einem breiten, sinnlich gepalstenen Munde und einer kräftigen Hautfarbe. Amaro hatte eine ältere Schwester, die seit ihrer Kindheit bei der Großmutter in Coimbra wohnte, und einen Onkel, einen wohlhabenden Krämer im Pissaboner Stadtviertel Estrella. Aber die Frau Marquise sahte Zuneigung zu Amaro. Sie behielt ihn in ihrem Hause und begann mit großer Vorsicht über seine Erziehung zu wachen.

Mit dreißig Jahren war die Marquise d'Allegros verwitwet. Seit der Zeit lebte sie den größeren Teil des Jahres zurückgezogen auf ihrem Landhaus Carcavelos. Sie war eine passive Frau, gütig, aber inbolen. In ihrem Hause befand sich eine Kapelle. Den Patern zeigte die Marquise fromme Lichter und beschäftigte sich ausschließlich mit den Interessen der Kirche. Ihre beiden Töchter, in Gottesfurcht wie in den Bourgeois der Mode unterrichtet, besaßen Frömmigkeit und Scharf. Mit gleichem Eifer vermochten sie über christliche Ergebenheit und das letzte Brüller Modell zu sprechen. Ein Journalist der damaligen Zeit sagte von ihnen: „Sie denken alle Tage über die Toilette nach, die sie beim Betreten des Paradieses anlegen werden!“

(Fortsetzung folgt)

Liegnitz

Trinkt das gute Braukommune-Bier Braukommune zu Liegnitz

Verlangt die guten Pilsenbiere der Liegnitzer Aktienbrauerei A.-G.

Fruchtdoctor Edelobstweine

Liegnitzer Beerdigungs-Institut Paul John

Deutsches Kaufhaus vormals Breslauer Engros-Lager

Mary Sillau Ring Nr. 9/10 ist billig!

Friedrich Boecker Fleischerei und Wurstfabrik

Richard Langer, Angerstraße 15

Papierwaren nur von Fritz Mewes

Paul Schickart, Gerichtsstr. 20

Möbel billigst Haagstr. 1 bei Pusch & Co.

Mitzinger Gaststätten Haynauer Straße 10

Besucht die Gast- u. Frühstückstuben „Möwe“

Alfred Neugebauer Werdermannstraße 3

Schlesler-Stübchen Sonnabend u. Sonntag Tanz

Vereinigte Lichtspielhäuser Liegnitz

Brot- und Feinbäckerei Paul Schön, Ritterstr. 25

Beuthen, Bezirk Liegnitz Alfred Herrmann, Junkernstr. 38

Reserviert 10

Hauschube und Pentoden R. Steinbrecher

Kauft im Zigarrenhaus Richard Schiwa

Reserviert Nr. 1

Brot- und Feinbäckerei Richard Scholz

Wild und Geflügel Paul Szygalski

Kauft nur Stoffe und Futtersachen

Kleider- und Herrenstoffe Leinen- und Baumwollwaren

Schuhhaus Remane Carthausstr. 7

P. Kwintkiewitz, Burgstr. 50

G. H. Kühn, Schulstr. 9

Festsäle „Wintergarten“

Kaufhaus seit 1879 gut und billig

Beuthen, Bez. Liegnitz Bäcker u. Kaffeezubereiter

Kolonialwaren Delikatessen Oskar Schauerermann

Reger-Seife

S. Harlam Ring Nr. 46

Schuhe und Stiefel Paul Nitschke

Kauft bei Leonhardt eure Rauchwaren

Trinkt Milch aus der Gottesberger Molkerei

Möbel, reell und preiswert G. Thiemt

Alfons Grammel, Fürstensteiner Straße 14

Gust. Stelzer, Fürstensteiner Str. 11

Besucht das Reform-Kurbad

Arbeiter, kauft Lebensmittel bei E. Timmermann

Arbeiter, kauft eure Kolonialwaren bei Paul Feige

Deckt euren Bedarf in Lebensmitteln bei Bruno Fiegert

Gustav Schüller, Heidstr. 13

Kolonialwaren, Molkereiprodukte Max Gehre

Bäcker und Konditorei Paul Kronke

Rind- und Schweineschlächterei E. Schulz

Das führende und leistungsfähigste Kaufhaus am Platze

Kaufhaus Hermann Krause

Lauban

Lebensmittel - Konfitüren Dein Weg soll stets zu Leuschner führen

Hotel Bellevue Zweitgrößte Vergnügungstätte

R. Summa, Kerzdorfer Straße 3

Anton Pilz, Brüderstr. 13

Wurstfabrik Gerhard Hentschel

Otto Baum, Görlitzer Straße 3

Kurt Kühn, Görlitzer Straße 5

Bäckerei Gross Lichtenauer Straße 2

F. Fronzek, Breite Straße 20

Christian Kasper Farben-, Lacke-Spezialgeschäft

H. Simon Poststraße 4

Fleisch- und Würstwaren

Reserviert

Gottesberg Kauft bei Leonhardt eure Rauchwaren

Trinkt Milch aus der Gottesberger Molkerei

Möbel, reell und preiswert G. Thiemt

Alfons Grammel, Fürstensteiner Straße 14

Gust. Stelzer, Fürstensteiner Str. 11

Besucht das Reform-Kurbad

Arbeiter, kauft Lebensmittel bei E. Timmermann

Arbeiter, kauft eure Kolonialwaren bei Paul Feige

Deckt euren Bedarf in Lebensmitteln bei Bruno Fiegert

Gustav Schüller, Heidstr. 13

Kolonialwaren, Molkereiprodukte Max Gehre

Bäcker und Konditorei Paul Kronke

Rind- und Schweineschlächterei E. Schulz

Das führende und leistungsfähigste Kaufhaus am Platze

Kaufhaus Hermann Krause

Grünberg

Stadtparkasse Grünberg i. Schl. mit Bankabteilung

GAS ist die beste u. billigste Wärmequelle

Kunella-Gold mit den wertvollen Kunella-Bons

Gustav Staub Beste Bezugsquelle für

W. Grau Damen-Konfektion

Sämtliche Fleisch- u. Wurstwaren zu den niedrigsten Marktpreisen

Spare bei der Städtischen Sparkasse zu Neusalz a. d. O.

Florian-Lichtspiele Modernstes Theater am Platze

Stadtbad Neusalz, das Volksbad Alle Arten Bäder

Rudolf Fechner, Fleischermstr. Feins Fleisch- u. Wurstwaren

Arbeiterkleidung nur Qualitätsware

Nieder-Nermsdorf Bäcker und Konditorei

Ida Zwiener, Hauptstraße 29

Kauft bei A. R. Optiz Gottesberger Straße 6

Oskar Blase, Gottesberger Str. 25

Prima Fleisch- und Wurstwaren Herbert Deutschmann

Kaufhaus J. Gutmann Kirchenstr. 3

Friseur und Puppenklinik Ernst Haase

Erich Küttner, Kienbergstr. 17

Förster & Klauschen Laubener Straße 46

Schuh-Haus Paul Quieser

Hermann Arnold Walters Gasthaus

Schodorf b. Greiffenberg Alfred Fiedler

Willy Stommnitz Pa. Fleisch- u. Wurstwaren

CARL TSCHERSICH Billigste Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Bekleidung

Felthammer Drogerie „Zum Bergmann“

Schuh - Jäkel Bismarckstraße 40

Trinkt Grünberger Bergschloß-Biere

Milch die beste und billigste Nahrung für Kinder und Erwachsene

Molkerei Lätinitz Fil. Neumarkt

Kauft bei Guffeld Guffeld ist billig

August Litzke Beste Bezugsquelle in Trauben- u. Beeren-Weinen

Reserviert

Beia Ludwig Wolf- und Weißwaren

Erich Klose Fahrräder, Motorräder

Weiß- u. Weißwaren Alfred Müller

Reserviert

Schneider's Zigarrenhaus Schulstraße Nr. 34

Reserviert

Paul Rinke vorm. Rudolf Weiß

A. Gloger Laubener Str. 230

Erich Schnabel Drogen - Farben - Kolonialwaren

G. Posselt Textil- und Schuhwaren

Reserviert

Hirschberg Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren

Pa. Roßfleisch u. Wurstwaren Hermann Rink

Reserviert 5976

Strümpfe Königsberger

KOLONIALWAREN Friedrich Reinert

Buchdruckerei S. HAUSDORFF

